

Volkswacht

Die Volkswacht erscheint wöchentlich einmal am Sonnabend.
Bezugspreis monatlich 45 Pf., vierteljährlich 1,35 RM., einschließlich Lieferlohn. In den Abholstellen monatlich 40 Pf. Durch die Post bezogen vierteljährlich 1,25 RM. einschließlich Bestellgeb. Einzelnummer 10 Pf.

Anzeigenpreise:
Die 6spaltige Beilagenzeile 30 Bsp. für abwärts 35 Bsp., die 2spaltige Beilagenzeile 1 Mt. Arbeitsmarkt und Wohnungsanzeigen 10 Bsp. Einzelgen mit Platzbestimmung werden besonders berechnet.
Bei Wiederholung Rabatt laut Tarif.

Organ für die werftätige Bevölkerung der Provinz Westpreußen

Redaktion und Expedition
Paradiesgasse Nr. 32

Publications-Organ der Freien Gewerkschaften

Telephon für Redaktion
und Expedition 3290

Nr. 26

Danzig, Sonnabend den 29. Juni 1918

9. Jahrgang

Wie kommt der Friede?

Nicht Hertling, sondern Kühlmann hat am Montag im Reichstage gesprochen. Nicht der Reichskanzler, sondern der Minister für Auswärtiges. Für die Wirkung nach außen kommt es auf das selbe hinaus, denn die Intention der Rede sind vorher in der Regierung festgelegt worden.

Kühlmann sprach über die Offfragen, feierte den jungen finnischen Staat, glitt über die ukrainischen Wirren hinweg, verhielt sich nach Möglichkeit, daß noch immer keinerlei Einigkeit über Polens Zukunft erzielt ist, und berührte dann die Fragen des Kaukasus und des Baltikums. Die deutsche Regierung betrachtet die Loslösung Georgiens, Armeniens, Estlands und Litlands von Rußland als tatsächlich vollzogen, will aber die Republik Georgien und die Unabhängigkeit der baltischen Provinzen, die nachher in ein enges Schutzverhältnis zum Deutschen Reich treten sollen, formell erst anerkennen, wenn sie sich auf den Konferenzen in Berlin und Konstantinopel mit der Sowjet-Republik darüber verständigt hat.

Neu war an diesen Ausführungen nichts. Der Reichstag nahm sie schweigend auf.

Kühlmann bestritt, daß niemand einen so lang dauernden Krieg für möglich gehalten hätte. Wollte man schon 1890 vorhergesagt, daß ein Krieg unter den vollgerüsteten Großmächten siebenjährig oder auch dreißigjährig sein könne. Deutschland sei es nicht, das wie Balfour wieder einmal behauptet hat, um der Welt Herrschaft willen den Krieg entfesselt hätte. Dazu ging es Deutschland vor dem Kriege zu gut. Herbeigeführt hat nach Kühlmann die Explosion des wankenden russischen Zarats, um der Revolution zu entgehen; seine Verbündeten haben es nicht zuzulassen gehalten. Deutschland habe auch im Kriege niemals die Herrschaft über die Welt oder über Europa erstrebt; es blieb sich stets bewußt, daß an einem solchen Unternehmen jedes Volk verbluten müßte. Deutschland will nur den Bestand in Europa, den es vor dem Kriege hatte, behalten, seinen freien Anteil am Seeverkehr und Welthandel sichern und die Beteiligung am Kolonialbesitz haben, die seiner kulturellen Bedeutung und organisatorischen Fähigkeit entspricht.

In Übereinstimmung mit diesem gemäßigten Ziele hat Deutschland wiederholt die Hand zum Frieden geboten: im Friedensangebot vom Dezember 1916, in der Reichstagsresolution vom Juli 1917 und in der Antwortnote an den Papst. Diese Rundgebungen haben kein entsprechendes Echo gefunden. Weitergehende Erklärungen von öffentlicher Tribüne lehnte Kühlmann als zwecklos ab. Insbesondere weigerte er sich ein „Vorvermächtnis“ über Belgien auszustellen, das heißt den klaren deutschen Verzicht auf Belgien auszusprechen, solange nicht die Feinde ihrerseits die Unantastbarkeit des deutschen Reichsgebiets einschließlich Elsaß-Lothringens anerkennen.

Singegen ist die deutsche Regierung jederzeit zum Verhandeln bereit. Sie glaubt nicht daran, daß der Krieg rein automatisch durch militärische Machtmittel absolut zwingend in absehbarer Zeit beendet werden kann. Verhandlungen werden aber nur dann einen Erfolg versprechen, wenn man von vornherein ein gewisses Vertrauen in die Anständigkeit und und Ritterlichkeit des Gegners setzt und nicht in jedem Friedensbemühen eine „Friedensfalle“ oder einen Versuch zum Auseinandertreiben der Bundesgenossen erblickt.

Kühlmann unterstreicht die Gunst der militärischen Lage Deutschlands vorsichtig, aber doch mit vollem Nachdruck. Aber schon die einfache Feststellung, daß die bisherigen deutschen Siege politische Wirkungen noch nicht erzielt haben, und daß auch ein Ende des Krieges auf dem rein militärischen Wege nicht abzusehen ist, rief das tiefe Unbehagen der wildgewordenen Annexionisten hervor, das sich zunächst mehr in Grimassen als in Worten äußerte, dann aber durch Westarp sich Luft machte.

Die Absage an Welt Herrschaftsträume, die sehr energisch ist, und die Geneigtheit, den Krieg durch Verhandlungen ohne letzte Waffenentscheidung zu beenden, sind nach wie vor die Grundlinien der deutschen Reichspolitik. Sie bilden die Basis des Zusammenwirkens der Mehrheitsparteien und der Regierung. Sie genügen, um die Entzweiung der Vaterlandsparteier hervorzuheben. Denn solange die Regierung daran festhält, ist der Plan jener Kreise ausichtslos, Arbeiterklasse und Staatsgewalt in einen akuten unüberbrückbaren Konflikt hineinzutreiben.

Selber hat die Regierung dem Ansturm der Westarp und Konföderation nicht standgehalten. Der Reichskanzler, wie der Staatssekretär von Kühlmann haben am Dienstag das Mittel der Verteidigung gewählt. Insbesondere ist Herr von Kühlmann dem Grafen Westarp gegenüber nicht so aufgetreten, wie es im Hinblick auf seine am Tage zuvor gehaltene Rede erwartet wurde. v. Kühlmann hat vielmehr, wie der „Vorwärts“ feststellt, „seine Rede vom Montag einer so stark einschränkenden Auslegung unterzogen, daß nicht mehr viel von ihr übrig blieb.“

Wenn der Staatssekretär geglaubt haben sollte, mit diesem wenig imponierenden Eingehen auf die konservativen Wünsche seine Gegner zu entwaffnen, so hatte er sich darin, wie gleich die Rede des Nationalliberalen Dr. Stresemann zeigte, gründlich geirrt. Seine Angriffe ließen an äußerster Heftigkeit nichts zu wünschen übrig. Die Anhänger des Gewaltfriedens wollten Kühlmann weg haben, das steht fest. A u m a n n hatte den Staatssekretär zu stützen versucht und sich sachlich ganz auf seinen Standpunkt gestellt. Aber er konnte in seiner klugen und gedankenvollen Rede nur den Kühlmann vom Montag verteidigen, besser als ihn der Kühlmann vom Dienstag verteidigt hätte. Was aus alledem werden soll, ist noch nicht abzusehen, möglich ist allerdings nur, daß der gegenwärtige Regierungszustand durch einen anderen abgelöst wird, der noch weniger befriedigend ist.

Albdeutsche Sehe gegen v. Kühlmann

Dem „Vorwärts“ entnehmen wir: Der Jörn der Albdeutschen über die Rede des Staatssekretärs v. Kühlmann enthält sich in Formeln, die selbst die Höhepunkte der Bethmann-Hege in den Schatten stellt. Auf der einen Seite betonen diese Blätter, daß Kühlmann an der Hauptstelle seiner Rede etwas ganz Selbstverständliches gesagt habe, auf der anderen wollen sie ihn wegen dieser Selbstverständlichkeit aufs Schafott schleppen.

Die „Deutsche Zeitung“ gibt bereits offen die Lösung aus „Hinweg mit Kühlmann!“ Sie schreibt:

So konnte Kühlmann nur reden, wenn er selber sich schon für den Abgang reif erachtet. Der Eindruck läßt sich kaum abwehren, als ob Kühlmann sagen wollte: freiwillig kam ich jetzt nicht zum gehen; zwingt mich doch nunmehr dazu!

Am 4. Juli steht Termin gegen die „Deutsche Zeitung“ wegen der bekannnten Beleidigung gegen Kühlmann an. Man begreift, mit welcher Inbrunst Max Bohan, der Angeklagte, die vorstehenden Sätze zu Papier gebracht hat.

Auch andere albdeutsche Blätter betrachten Kühlmann bereits als toten Mann. Die „Tägliche Rundschau“ spricht — die Richtung des Sturzes andeutend — von Herrn v. Kühlmanns „Schwanengesang, dessen Text und Melodie an den für die Durchführung des Krieges maßgebenden und verantwortlichen Stellen mehr wie nur überraschend gewirkt haben dürfte.“ Weiter nennt das Blatt die Rede Kühlmanns einen „politischen Skandal“ und „moralische Sabotage“.

Die „Kreuzzeitung“ bestimmt wenig, es sei „lebensförmig“ von ihr gewesen, die deutschen Staatsmänner zu politischer Offensive aufgefordert zu haben. „Wir haben dabei nicht genügend berücksichtigt, daß politische Fähigkeit mit einmal nicht unsere starke Seite ist.“ In Übereinstimmung mit dem Titel der „Täglichen Rundschau“ bekämpft die „Kreuzzeitung“ die von uns geäußerte Vermutung, daß Kühlmann im Einverständnis mit den leitenden Stellen gesprochen habe.

Man unterschätzt die dem Kanaker obliegende Arbeitslast und das Maß von Selbständigkeit, das er seinen Mitarbeitern zutrauen muß, wenn man annimmt, daß er die von ihnen zu haltenden Reden mit ihnen im einzelnen vorher berart besprechen und vereinbaren könnte. Zweifellos falsch aber ist es, daß die maßgebenden militärischen Stellen vorher zu diesem Punkt über ihre Ansicht gehört worden wären. Sie hätten sonst von ihr ganz sicher aufs dringlichste abgeraten.

Die freikonservative „Post“ spricht von „amischem Schwächezustand“, nennt Herrn v. Kühlmanns Rede „unglaublich“ und bezeichnet ihre Wirkung als „geradezu katastrophal“.

Selbst wenn man Herrn v. Kühlmanns Fähigkeiten, Deutschlands große Politik mitzubestimmen, von vornherein stark anzweifelt, mußte man doch über die Größe dieses Mißgriffs geradezu entsetzt sein.

Die „Deutsche Tageszeitung“ konstatiert mit Entsetzen „Justizirrtum“ und „Resolutionslust“. Ihr ist sogar aufgefallen, daß Kühlmann „typisch englische Sachkonstruktionen“ angewendet habe, und daß er einen „physisch stark ermüdeten Eindruck“ gemacht habe, infolge seiner Tätigkeit in Bukarest. Auch andere albdeutsche Blätter jammern dar-

über, daß man sich wieder auf dem Wege der Friedensresolution befindet.

Diesem Chorus schließt sich auch die immer mehr ins alldeutsche Fahrwasser treibende „Vossische Zeitung“ an. Die „Berliner Neuesten Nachrichten“ aber erklären v. Kühlmann: „Er hielt eine Rede, die ihm in Frankreich sicher das Schicksal des Defaitisten Gallung bereiten würde“, womit wohl der Wunsch ausgedrückt sein soll, ihm dies von alldeutscher Seite zu bereiten.

Die Stimmung steht also gegen Kühlmann wie vor einem Jahre gegen Bethmann. Und auch Kühlmann begeht den Bethmannschen Fehler: Anstatt der alldeutschen Fronde mit aller Energie Trost zu bieten und durch entschiedene Betonung seines Standpunktes die Sympathie des Volkes zu seiner Stütze zu machen, sucht er schleunigst den Groll der Frondeure durch eine Schwelung nach rechts zu versöhnen. Die Alldeutschen werden dadurch natürlich nicht milder gestimmt, Herr v. Kühlmann aber verliert die Stütze, die er haben könnte.

Reichstagsrede des Abg. Dr. David

Nach der oben skizzierten Reichstagsrede des Staatssekretärs Freiherrn von Kühlmann vertrat der Abg. Dr. David am Montag den Standpunkt der sozialdemokratischen Partei in folgenden Ausführungen.

Abg. Dr. David (soz.): Der rumänische Frieden hat zwar formal den Krieg im Osten abgeschlossen, aber tatsächlich glüht und schwelt es noch auf dem Brandherd an allen Ecken und kleine Flammen schlagen empor.

Selber flieht auch immer noch deutsches Blut im Osten. Die schwere Sorge, daß dieser Friede nur eine Atempause sein werde, lastet auf uns. Darum ist es Pflicht des Reichstags, diesen Dingen die größte Aufmerksamkeit zu widmen.

Es hängen noch dunkle Wolken dort am Himmel, und es wäre sehr schlimm, wenn sie sich von neuem zu einem Kriegsunheil zusammenballen.

Die Enttäuschung, die der Ukraine-Frieden gebracht hat, ist allgemein. Dieser sogenannte Brotfrieden hat weder Brot noch Frieden gebracht. Man führt Schwierigkeiten des Transports usw. an. Gewiß, aber der Hauptgrund ist wohl, daß die Männer, die dort die deutschen Interessen zu vertreten haben, nicht mit der richtigen Betonung zu Werke gegangen sind. Man hat geglaubt, mit der militärischen Methode auch eine solche Aufgabe lösen zu können, mit der Befehlsgewalt, mit Strafandrohung und mit dem Bajonett im Hinterrund. So hat man, statt den guten Willen zu erzeugen, den bösen Willen verstärkt. Herr Gröber meint, man müsse es verstehen, mit Bauern umzugehen. Eben dieses Verständnis hat auf deutscher Seite vollkommen gefehlt. Das hat seinen tiefsten Grund. Die Herren, die dort die deutschen Interessen wahrnehmen sollen, stehen den Vorgängen der russischen Revolution mit großer Verständnislosigkeit und innerer Abneigung gegenüber.

Der Kern der russischen Umwälzung liegt doch darin, daß dort die proletarischen Massen der Landbevölkerung aufstärken gegen die weltliche, politische und soziale Herrenstellung der Großgrundbesitzer.

Es ist der Niederbruch der letzten großen Feudalherrschaft auf europäischem Gebiet. Osteuropa folgt damit nur dem Beispiel, das ihm Mittel- und Westeuropa früher gegeben hat. Freilich gibt es auch hier noch Reste der alten Feudalherrschaft. Der einflußreichste Rest sind die Ostelbier. Vom ostelbischen Geist aber befreit sind die Männer, die jetzt die deutsche Politik im Osten machen sollen. (Zurück rechts: Gröber!)

Es sind entweder direkt Ostelbier oder hohe Militärs, die sich in die Denkart des preussischen Junkertums völlig eingelebt haben.

Die Regierung hat im Osten jetzt ja so wenig Einfluß, wie der deutsche Reichstag. Die Militärautorität entscheidet dort. Es sind gewiß sehr tüchtige Männer von großem Pflichtgefühl. Aber es ist für sie unmöglich, sich in Kontakt mit proletarischen Bauern Massen zu setzen, denn sie sind von Haus aus gewöhnt, denen nur zu befehlen. Das sind die Hinterlassen, sie sind die Herren. (Erneuter Zuruf rechts: Gröber!) Herr Gröber ist General und Untergehener des Feldmarschalls v. Eichhorn. Wenn er sich im Gegenfakt zu diesem Geist gefühlt hätte, würde er die längste Zeit preussischer General gewesen sein. Hier hat er ja Neigung gezeigt, etwas gegen den Schlag zu lösen. Aber da ist er ge„scheut“ worden. (Große Heiterkeit.) Die offizielle Schönfärberei sucht natürlich mit Hilfe der Zensur die Dinge, die dort vorgekommen sind, zu rechtfertigen. Tatsache ist, daß die deutschen Funktionäre sich, sobald sie dort hinkamen, instinktiv mit den ihnen nächstliegenden Grundbesitzern in Verbindung gesetzt haben. Zu der demokratischen Regierung, die sie zu Hilfe gerufen hatte, hatten sie überhaupt kein Verhältnis.

Ihr Streben ging dahin, dem demokratischen Herrenjamböth ein Ende zu machen.

So haben sie mit den Grundbesitzern den Staatsreich vorbereitet und haben dann die gepanzerte Faust schützig in den Vorgänge gehalten, durch die sich der neue Helmann in den Sattel schlang als Diktator von Gnaden der deutschen Militärherrschaft. Diese Vorgänge sind kein Rahmesblatt für uns. Am wenigsten der militärische Einbruch in die Sitzung der Zentralkommission mit vorgezogenem Revolver und dem Zuruf in russischer Sprache: Im Namen der deutschen Regierung — Hände hoch! Das ist die Methode des Herrn v. Ostenburg mit dem Leutnant und zehn Mann. Diese Vorgänge sind für

uns außerordentlich pöthlich. Schämmer ist, das ihre Wirkung für die deutschen Interessen höchst schädlich ist. Ihr Zweck sollte sein, nun endlich das Brot zu kriegen. Aber nicht einmal dieser Zweck ist erreicht worden, sondern lediglich der Haß der Massen gegen die ukrainischen Völkers gegen die deutschen Truppen. Sie leben in den Deutschen die Herrscher einer konter-revolutionären Bewegung, deren Ziel ist, die Ervingenschaften der Kleinbäuerlichen Bevölkerung gegen die frühere Verdrückung und Ausbeutung wieder zu beseitigen. Man sagt, der Herrmann will auch eine Agrarreform machen. Aber noch niemals hat es Grundbesitzer gegeben, die ihre eigene Grundbesitzung abgeteilt haben. Die ukrainischen Bauern wollten nicht die kommunalistische eigentümliche Agrarwirtschaft, aber sie wollen den Boden aus den Händen ihrer nehmen, die ihn nicht bebauen. Das war auch der Sinn der westeuropäischen Agrarrevolution. Diese Bewegung geht in die Richtung, wie sich die Dinge vorbildlich in Dänemark entwickelt haben.

Jetzt herrscht unter dem deutschen Einfluß in der ganzen Ukraine politische Reaktion mit Verklammerungsvorhaben usw., um eine Landesversammlung in Klein zusammenzubekommen, die den Zwecken der deutschen Befehlung angepaßt ist.

Das ist eine politische Vergewaltigung und die Folge dieses Eingriffs in die inneren Verhältnisse des Landes ist natürlich, daß die Massen von wildem Haß gegen die deutsche Verwaltung erfüllt sind. Die Herrschaft des Warposten ruht lediglich auf den deutschen Bajonetten. Deshalb ist auch gar keine Aussicht, daß unsere Truppen dort herausgezogen werden können. Wie aus dieser Stimmung des Haßes gute wirtschaftliche und politische Beziehungen zu Deutschland geschaffen werden sollen, ist nicht ersichtlich.

Das gleiche Resultat hat man in Finnland erreicht durch die Einmischung in den Bürgerkrieg zwischen den kapitalistischen Grundbesitzern in Finnland und der großen Mehrheit der dortigen Arbeiter und Bauern.

Nach Niederwerfung der sozialistischen Wehrmacht unter dem Schlag der deutschen Truppen hat man ein Blut- und Hochgericht über die gefangenen Gegner gefügt, hat sogar die sozialdemokratische Landtagsfraktion vollkommen aus der Kammer verjagt und schließlich eine Diktatur geschaffen, die mit Dresselknebelung, Verhaftungen, Wahlrechtsverfälschung einherging. Der Diktator Ewinhofund hat schließlich mit 9 gegen 8 Stimmen den Beschluß auf Einführung der Monarchie erlassen.

während er bei seinem Besuch in Berlin mir gegenüber erklärt hat, es denke kein Mensch in Finnland an eine Monarchie, sie seien alle Demokraten und Republikaner.

(Hört! Hört!) Ich möchte den Männern, die etwa auf den finnischen Königsthron reflektieren, ob sie nun aus Weidensburg oder aus Berlin kommen, dringend raten, vorher den Beschluß einer aus allgemeinen, direkten und geheimen Wahlen hervorgegangenen Konstituante herbeizuführen. Geht er ohne diesen dort hin, so wird sich gegen ihn der Haß des Volkes richten.

Ebenso hat sich in Estland und Letland die deutsche Verwaltung durch ihre Politik in feindlichen Gegensatz zu den großen Massen der Bevölkerung gesetzt. Die demokratische Regierung hat man weggesetzt und die alte Aristokratie und Landbesitz wieder aus der Kumpfkammer hervorgeholt und etwas neu aufgebauet. Es ist die reinste Komödie, von einer Volksvertretung ist da keine Rede. So ist dann der Beschluß der Personalunion zustande gekommen. Die alte Regierung hatte die feste Absicht, sich mit der Reichsleitung zu verständigen. Aber nun hat ihre Vertreter nicht nach Berlin durchgelassen.

Nach in Kurland ist es so gegangen. Fortgesetzt bekommen wir Briefe, die darüber klagen, daß dort niemand etwas von der Wahl einer Volksvertretung wüßte. Die Zeitungen würden unterdrückt, man protestierte gegen Beschlüsse, die von einer kleinen Herrenkaste ausgingen. Die Folge ist doch hier der Haß auf der ganzen Linie gegen die deutsche Verwaltung. Was soll daraus entstehen?

Nach dem Brest-Litovsker Frieden untersteht das Gebiet von Estland und Letland der russischen Oberhoheit. Das hat auch die deutsche Regierung ausdrücklich anerkannt. Die russische Regierung hat das Besatzungsrecht für Unabhängigkeitserklärungen dieser Länder. Hiernach kann keine Vereinbarung getroffen werden über den Rest und gegen den Willen der russischen Regierung. Herr von Kuhlmann hat erklärt, daß bei allen solchen Vorkommnissen vorher ein Gedankenanstand mit der russischen Regierung gepflogen werden sollte. Hierbei werde man sich der russischen Lage wohl bewußt sein; wir hätten das größte Interesse daran, daß wir nicht wieder in einen neuen heillosen Konflikt mit Rußland eintraten. Das liegt auch im höchsten deutschen Interesse. Unter der gegenwärtigen Umkehr ist, daß bei den bevorstehenden deutsch-russischen Verhandlungen so verfahren werde. Das deutsche Volk will mit dem russischen, aber auch mit den Öfen und Letten in Frieden und Freundschaft leben.

Trotz der formalen Unabhängigkeitserklärung Litauens ist alles beim alten geblieben. Das Selbstverwaltung und Selbstbestimmung herrscht dort die militärisch-autoritative Stappverwaltung nach wie vor. Militärisch zwingende Gründe dafür kann es nicht geben.

Der eigentliche Grund ist, daß die Herren von der Militärverwaltung auch in die politische Gestaltung dieser Gebiete entscheidend hineinreden, und die Komplexen; der politischen Leitung an sich reichen wollen.

(Sehr richtig!) Die wiederholten Reichsanordnungen, eine Selbstverwaltung einzuführen, sind unerfüllt geblieben. Man hat zwar einen Reichskommissar ernannt, der dem Staatssekretär des Innern untersteht. Aber dadurch sollen nur die Maßnahmen der Militärverwaltung nach außen hin von der Militärverwaltung getrennt werden. Was hat z. B. die militärische Regelung des Schulwesens mit der militärischen Sicherheit zu tun?

Die angeblich aufgehobenen Jugendarbeitsbataillone sind noch da mit all ihren Unterführern und Schützlingstheilen.

Man hat endlich den Arbeitern höhere Löhne versprochen, wenn sie einen Streik unternehmen, daß sie ihre Arbeiter sind. (Hört! Hört!) Und so hat man sie im Hundsteden in ihre Arbeiter umgewandelt. Die große, auf dem Kampf gegen den wirtschaftlichen Parasitismus und aus zehntausenden wirtschaftlichen Interessen entstandene Kampf der Arbeiter für eine bessere Verwaltung des deutschen Reiches ist eingekerkert, ist nach Möglichkeit zurückgedrängt.

Mißtrauen, Verwirrung u. d. d. g. sind fast überall.

Die russischen Parteien, die endlich über die russische Revolution haben, haben einen demokratischen Aufbau ihres Organisations gefordert. Demokratie aber ist der Schein und Grund für die deutsche Militärverwaltung. In Litauen ist es auch keine kleine Sache zum Beispiel, daß die russischen Parteien der 16. Kammer anhängen, die sich gegen die Militärverwaltung richten, und ihren Selbstbestimmungsrecht und Unabhängigkeit gegen alle demokratische man sich entgegenzusetzen muß, um die Arbeit zu machen. Die russischen der Militärverwaltung und der russischen Parteien entgegen zu sein.

Unter dem Vorwand, daß über die Gestaltung der Reichsregierung gesprochen werden soll, läßt man die Bauern in Verwirrung ein, die sich dann für eine Personalunion mit Preußen aussprechen können.

Über die Bauern ist man damit an die Urnen gekommen. Ein Teil von ihnen will die Republik, ein Teil eine Monarchie über ganz nach dem Vorbild des demokratischen Bauernpartei. Man will ja auch schon Preußen mit einem deutschen Kaiser beschreiben und der Herrmann von Bülow ist in eine neue Schwärze in Litauen fallen wollen. (Sehr richtig!) Man scheint die Zukunft der deutschen Bauern ganz zu vergessen zu wollen. Aber man sollte nicht, daß damit die nationale und politische Zukunft unseres Staates gegeben ist. (Sehr gut!)

Die Polen werden uns gleichfalls immer mehr entfremdet.

Die polnische Frage ist in letzter Linie von ihnen selbst zu entscheiden. Deshalb ist es vorzuziehen, sich zu erklären, daß man

in der Schlimm-Frage verhandelt hat, ohne die polnische Regierung zuzuziehen.

Was daraus entstanden ist, zeigt die ungeheure Inflation der ohnehin schon so kritischen Verhältnisse in

(Sehr wahr!) Es gibt gar keine bestmögliche Lösung der Offizierfrage ohne Freundschaft mit Polen. Die von den Anzionspolitikern verlangten Grenzänderungen gegen Polen müßten aber dieses Volk geradezu dem Ruine li die Urne werfen. Statt dessen empfinden die Arbeiter der besetzten Gebiete eine neue Freundschaft. Sie empfinden sich immer als die russische Herrschaft, die so schwer auf ihnen lastete. Die Jahre der Kämpfe und politischen Bewegungen und mit ihnen, daß diese Jahre die schlimmsten waren, was sie seit Jahrhunderten erlebt haben. Das alles geht weit über Kriegsnöten hinaus. (Kurze der Polen: Vizepräsident Dove: Herr Korfant. Sie brauchen doch nicht immer den Chor zu machen! - Heiterkeit!)

Die Entente liegt auf der Dauer noch solchen deutschen Fehlern.

Man hüte sich davor, einen neuen, wirklichen Panisavismus zu erzeugen, für den in Oesterreich bedenkliche Voraussetzungen bestehen. Es ist die höchste Zeit, umzukehren. Die Grundlage für die notwendigen Verhandlungen ist gegeben: die gemeinsamen Interessen dieser Völker mit uns. Erst dauernde Freundschaft mit ihnen erweitert Mitteleuropa zu weltwirtschaftlicher Größe. Das Kriegsziel der demokratischen Verständigungspolitik kann durch die militärische Gewalt nicht erreicht werden, sondern nur durch Verständigung auf dem Boden beiderseitiger Interessen. Sehr erfreulich war der Artikel der „Kriegszeitung“, der ohne Scheu den unheimlichen Anzionspolitikern die Beschränkung ihres Horizonts vorgeführt hat. Dieser Artikel war eine der besten Begründungen der Friedensresolution.

Diese scheint allerdings nach der heutigen Rede von Kühlmann doch nicht irgendwie ad acta gelegt zu werden.

Sie besteht und ist in voller Kraft. Inzwischen haben auch die Wahlen gezeigt, daß die große Mehrheit der deutschen Wählerschaft auf dem Boden der Verständigungspolitik, des Beschlusses der Reichstagsmehrheit steht. (Sehr wahr!)

Das deutsche Volk ist bereit, einen Frieden der Verständigung auf der Grundlage beiderseitiger Interessen und wirtschaftlicher Gleichberechtigung jederzeit anzunehmen. Dabei bleibt's, das mag alle Welt wissen!

(Sehr Zustimmung b. d. Mehrheit.) Leider besteht die gleiche Bereitschaft zum Frieden auf der Seite unserer Gegner noch nicht. Ein Vergleich zwischen den jüngsten Reden Burians und Balfours beleuchtet scharf die Situation. Die Hauptfrage ist: ist man bereit, heute gleich sich an den Verhandlungstisch zu setzen. Die deutsche Regierung hat ihre Bereitwilligkeit dazu erklärt. Auf der anderen Seite aber erwartet man noch immer die Entscheidung von den Waffen.

Die deutsche Regierung muß volle Klarheit schaffen, daß der anzionslose Verständigungsfrieden sich auch auf Belgien bezieht.

Eigentlich ist das klar. Leider aber wird von einflussreicher Seite immer noch der Gedanke von Anzionen in Belgien propagiert und das macht sich die Entente zu Nutze. Auf dieser Politik der Kriegsverlängerung lastet eine schwere Verantwortung. Die deutsche Regierung muß endlich positiv auch in dieser Frage ihre Stellung klar

legen. (Sehr richtig! bei den Soz.) In dem Moment, als Belgien auf eine Waffe für die englischen Kriegstreiber zu sein und verwandelt sich in eine Waffe zur Verstärkung der Friedensströmung in den Massen. (Sehr wahr! bei den Soz.) Balfour freilich hat gemeint, eine Erklärung bezüglich Belgiens genüge noch nicht, und verleihe auf die Erklärung. Darauf müssen wir antworten: Es ist doch ein Überwiegen altes deutsches Land. Der aus direkten demokratischen Wahlen hervorgegangene Landtag hat klar bekundet, daß er das Programm der französischen Nationalität nicht mißt. Die Entente wollen volle Autonomie im Rahmen des Deutschen Reichs. Das will auch die deutsche Sozialdemokratie. Und die französische Sozialdemokratie hat vor dem Krieg das Ziel akzeptiert. (Sehr wahr!) Wir fordern daher, daß Esch-Böhringen die volle Autonomie alsbald gewährt wird, daß dem Landtag die volle Bewegungsfreiheit wiedergegeben wird und die militärische Willkürherrschaft dort aufhört. (Bravo! bei den Soz.) Deutschland strebt nicht nach Herrschaft über andere Völker. Es ist jeden Tag bereit, zu einem Verständigungsfrieden.

Wie bedauern tief, daß das Nordsee im Westen weiter geht!

Wir bewundern den Heidenmut unserer Truppen und danken ihnen. Aber als einzig zu verantwortendes Ziel dieser Kämpfe erachten wir die Erringung der Friedensbereitschaft unserer Gegner. In dem Maße, wo dies Ziel erreicht ist, wo unsere Gegner sich bereit erklären, zu verhandeln über einen Frieden auf der Basis der beiderseitigen Integrität, der weltwirtschaftlichen Gleichberechtigung, wird das Nordsee sein Ende nehmen.

Niemand im Deutschen Reich hätte die Macht, den Krieg darüber hinaus um weitergehender Ziele willen fortzusetzen.

Das deutsche Volk hat seinen Friedenswillen bekundet. Mögen das nun die Völker der mit uns Krieg führenden Staaten auch ihrerseits tun. Von ihrem Willen hängt es ab, der Menschheit endlich den Frieden zu geben, der nicht ein bloßer Waffenstillstand mit neuen wahnfinnigen Rüstungsanstrengungen, sondern ein Friede der Wiedergewinnung des erhöhten Kulturlebens sein kann. Gelingt es im Sinne der Reichstagsresolution, eine Begrenzung der Rüstungen zu Wasser und zu Lande zu erzielen, so wird das deutsche Volk dem mit vollem Herzen zustimmen.

Das deutsche Volk ist frei von einer überheblichen Selbstgerechtigkeit, die die Völker trennt in solche, die Freiheit und Recht wollen, und solche, die dem Gehedienst des Geldes verfallen sind. (Sehr gut! bei den Soz.) Es weiß sehr wohl, das kapitalistische Gemeingut und imperialistische Gewaltanwendung auch in Deutschland während des Krieges wahre Degen feiert. (Sehr wahr!) Möge die Regierung gegen diesen Gehedienst im eigenen Lande Front machen. (Sehr wahr! Sehr Zustimmung, b. d. Soz.)

Angesichts des fünften Kriegswinters muß die Regierung das Neuherrliche tun, die Ernährung sicher zu stellen.

Daß man heute noch Angst, Preußen zu Bürgern zweiter Klasse zu degradieren, ist ein Skandal!

(Sehr richtig!) Wenn die Regierung es zuläßt, daß das Untergang zum Geißel der Welt wird, so lehnen wir die Verantwortung für die Folgen ab. (Sehr richtig!) Die Demokratie muß und wird trotz aller Widerstände auch in Deutschland ihren Weg finden. (Sehr Beifall bei den Soz.)

Politische Wochenschau

Friedensarbeit

Der Rumänenfriede im Hauptauschuß

11. B. Berlin, 24. Juni. Der Hauptauschuß des Reichstages nahm den deutsch-rumänischen Friedensvertrag in der Beratung an und beschloß auf Vorschlag des Vorsitzenden Ebert, die Aussprache über den politischen Teil vorweg zu nehmen. Dazu lag dem Zentrum eine Entschlieung vor, bei den in Ausführung des Friedensvertrages mit Rumänien noch notwendig werden Abmachungen mit Rumänien dafür zu sorgen, daß Rumänien ausreichende Sühne und Genugthuung für die unmenschliche Behandlung der deutschen Kriegsgefangenen leistet. Staatssekretär v. Kühlmann leitete die Aussprache mit vertraulichen Ausführungen über die Distanzfrage und die Parteiverhältnisse in Rumänien ein.

In einer Erwiderung auf die Aussprache führte Staatssekretär v. Kühlmann etwa folgendes aus:

Die schwierigsten Fragen des Friedensschlusses waren die territorialen Fragen. Oesterreich-Ungarn konnte als ohne Kriegserklärung überfallener Nachbar auf eine Grenzgestaltung dringen, welche derartige Vorgänge für die Zukunft ausschließt. Bulgarien hatte den vollberechtigten Anspruch darauf, einestseits das wieder zu gewinnen, was Rumänien durch den heimtückischen Überfall im zweiten Balkankriege ihm entziffen hatte, und darüber hinaus in Erfüllung aller nationalen Wünsche nicht nur diesen Teil der Dobrußa, sondern auch die Norddobrußa mit dem Mutterlande zu vereinigen. In die Norddobrußa gemeinsam von Deutschland, Bulgarien und der Türkei erobert worden war, schien es billig, daß der Übergang dieses Gebietes an Bulgarien erst nach einer Auseinandersetzung unter den Bundesgenossen erfolgen sollte. Die Auseinandersetzungen mit den beiden Zentralmächten boten keine Schwierigkeiten. Zwischen Bulgarien und Deutschland bezw. Oesterreich-Ungarn einige laufende Fragen ökonomischer Natur, deren Erledigung keineswegs große unüberwindbare Schwierigkeiten boten. Anders lag es zwischen Bulgarien und der Türkei. Leider bestehen zwischen unsern beiden Verbündeten noch aus dem Balkankriege gewonnene gegenseitige Unzufriedenheiten, welche die Behandlung der so heißen Grenzfrage dornig erscheinen lassen. Der Vorschlag des Konventionen ist von der Türkei und Bulgarien ausgegangen. Die Einrichtung des Konventionen wird einer gründlichen Beratung unter den Verbündeten bedürfen und es wäre sehr erfreulich, wenn eine Einigung zwischen Bulgarien und der Türkei uns dieser Aufgabe entheben würde. Die österreichisch-ungarische Grenzregulierung hat in der deutschen Öffentlichkeit kaum eine Kritik erfahren. Der rumänische Friede ist ein Teil des gesamten Ostfriedens. In Breitensicht hat Oesterreich-Ungarn die deutsche Politik in unheimlicher und langer Reihe untergraben. Deshalb war es nur selbstverständlich, daß wir unsere Bundesgenossen bei den Grenzfragen in der Rumänien gleichfalls loyal unterstützen. Kritik hat es hervorgerufen, daß wir aus ökonomischem Gebiet keine Kriegsentwädigung in Geld verlangen können. Die Rumänen, welche vor der Erledigung der Funktionen durch den Reichsanwalt gehört worden sind, waren offenbar zu der Erkenntnis gekommen, daß die Sicherung vor realen Anzionsforderungen dem deutschen Interesse besser entspreche, als eine Anzionsentscheidung in Geld. Rumänen muß tatsächlich aber auch erhebliche Leistungen aus mit Geld an Deutschland gewähren. Ich hoffe, daß Sie bei gründlicher Prüfung der Sachlage dem Urteil sich werden anschließen können, daß diesmal der Friede gesüßert hat, was das Schwerste ertragen hat.

Bandwelle und die deutschen Sozialisten

Wenn's nur wahr wäre!

Die dem „Berliner Tageblatt“ sein Genfer Korrespondent schreibt, daß „Journal du Peuple“ aus sicherer Quelle erfahren haben, daß der belgische Sozialistenführer und Minister Bandwelle im Lager mit Vertretern der deutschen und der österreichischen Sozialdemokraten zusammengekommen. Die österreichischen Delegierten hätten die Gründung Bandwelles angenommen, die Antwort der Deutschen ist noch nicht bekannt. Wir können dazu bemerken, daß der Vorstand der deutschen Sozialdemokratie von einer solchen Einigung durch Bandwelle nichts bekannt ist.

Deutschland

Die Krise in Oesterreich

Der österreichische Ministerrat hat am Sonntag seinen Rücktritt beschlossen.

Mitten in den schlimmsten Ernährungsnot, die ganz Oesterreich heimzuden und erst in den letzten Tagen in Wien plötzlich in furchtbare Erscheinung traten, zieht das Ministerium Seidler es vor, den Platz zu verlassen. Offizielle Wiener Stimmen wollen zwar wissen, daß Seidler wieder mit der Neubildung des Ministeriums beauftragt würde, jedoch ist kaum daran zu zweifeln, daß auch dann die Karre nicht aus dem Sumpfe gezogen werden könnte.

Dem die grandiose staatliche Unzulänglichkeit, die sich in dem plötzlichen Verlagen der Volksernährung öffentlich zeigte, ist nur eine Folge der nationalen Zerrissenheit, an der das Staatsleben Oesterreichs seit langem krankt. Die Ernährungs-katastrophe und gewisse daraus resultierende Wiener Vorgänge, über die man in Deutschland nur schemenhafte Kenntnis hat, gaben dem Ministerium vielleicht den letzten Stoß. Tatsächlich war seine Stellung aber schon erschüttert, seitdem es ihm nicht gelungen war, im Reichsparlament eine Arbeitsmehrheit zu schaffen. Der scharfen Opposition der Tschechen und Südslawen stand sonst die das Budget bewilligende deutsch-polnische Mehrheit gegenüber, wobei allerdings schon öfter die Entscheidung abhängig wurde von dem Verhalten der Sozialdemokratie. Jetzt aber sind auch die Polen in Opposition getreten und haben dem Ministerium Seidler mehrfach ihr schärfstes Mißtrauen ausgedrückt. Die polnischen Schlachtführer in Galizien sind mit Oesterreich vollkommen fertig. Wenn sie sich gelegentlich noch den Schein geben, staatsreu zu sein, so lediglich deshalb, weil sie auf dem Umweg über diese Methode zur Bereinigung Galiziens mit dem Königreich Polen gelangen wollen. Ihre heftige Absage an Seidler rührt von dem Verdacht her, daß die Regierung diese sogenannte austropolnische Lösung aufgeben könnte. Auch glaubt man bei den Polen, daß Czernin und Burian den Ukrainern das bestimmte Versprechen gegeben haben, die Ruthenen in Ostgalizien in keinem

Hunde an die Front!

Bei den ungeheuren Kämpfen an der Westfront haben die Hunde durch stärksten Trommelfeuer die Meldungen aus vorderster Linie in die rückwärtige Stellung gebracht. Hunderten unserer Soldaten ist durch Abnahme des Meldebandes durch die Meldehunde das Leben erhalten worden. Militärisch wichtige Meldungen sind durch die Hunde rechtzeitig an die richtige Stelle gelangt.

Obwohl der Nutzen der Meldehunde im ganzen Lande bekannt ist, gibt es noch immer Besitzer von kriegsbrauchbaren Hunden, welche sich nicht entschließen können, ihr Tier der Armee und dem Vaterlande zu leihen!

Es eignen sich der deutsche Schäferhund, Dobermann, Mirebale-Lerrier und Rotweiler, auch Kreuzungen aus diesen Rassen, die schnell, gesund, mindestens 1 Jahr alt und von über 50 Zentimeter Schulterhöhe sind, ferner Leonberger, Neufundländer, Bernhardiner und Doggen. Die Hunde werden von Fachbreiseuren in Hundeschulen ausgebildet und im Lebensfalle nach dem Kriege an ihre Besitzer zurückgegeben. Sie erhalten die denkbar sorgsamste Pflege. Sie müssen kostenlos zur Verfügung gestellt werden.

An alle Besitzer der vorgenannten Hunderrassen ergeht daher nochmals die dringende Bitte: Stellt eure Hunde in den Dienst des Vaterlandes!

Die Anmeldungen für die Kriegs-Hunde-Schule und Meldehundschulen sind zu richten an die Inspektion der Nachrichtentruppen, Berlin-Galejsee, Kurfürstendamm 152, 1. St. Meldehunde.

alle ehemaligen Provinzen auszufahren, sondern die
ständige Provinz Ostgalizien zu schaffen. Der Streit
zwischen (Ukrainern) und Polen läßt keine Verständigung zu;
eine der beiden Nationen wird in jedem Falle den Leiber des
Staates und diesen selbst tödlich haßen. Gegen jede Erfüllung
der ukrainischen Wünsche — und auch der südslawischen —
protestiert Ungarn wegen der Rückwirkung auf die ruthenische
und südslawische Bevölkerung in seinem Staatsgebiet.

So steht sich das Ministerium dieses Nationalitäten-
taates, den man immer noch Oesterreich nennt, dauernd in
schwerem Konflikt, mag es nun von einem Seidler oder von
einem andern geleitet werden. Die Zustände sind nicht
neu. Sie haben bisher nur ertragen werden können, weil die
berühmteste Wiener Tugend des „Fortwärtstuns“ sie erträglich
erscheinen ließ. Der Weltkrieg aber fordert nicht nur Ent-
scheidungen nach außen, sondern auch im Innern. Entschei-
dungen, die um so schwerer fallen, je tiefer die Klüfte zwischen
den einzelnen Nationalitäten sich aufstaut.

Unser österreichischer Parteigenosse Karl Leuthner hat
in dieser Lage dargestellt und ist zu dem Schluß gelangt, daß
nur eine vollständige Neuordnung auf rein demokratischer
Grundlage helfen könne. Noch radikaler geht die Parteilinke
in Oesterreich vor, die österreichischen Unabhängigen, oder wie
immer man sie nennen mag. Sie fordern das Selbstbestim-
mungsrecht jeder Nation; jedes Volk in Oesterreich soll eine
eigene Nationalversammlung haben, und wie weit diese selbst-
ständigen Nationen dann miteinander wirtschaftlich zusammen-
arbeiten wollen, sollen sie selbst im Wege des freien Vertrages
ergehen.

Das hört sich sehr gut an, aber Karl Renner hat mit
offenem Recht eingewandt, daß bei der heutigen Stimmung
der Völker in Oesterreich gegeneinander sie dann eben gar nicht
mehr zusammenwirken würden. Dann ginge die Bahn Wien
— Triest durch fünf selbständige Nationalstaaten, und mitten
in slowenischen Staat läge der Knotenpunkt Cilli, eine deutsche
Sprachinsel, die selbstverständlich von der deutschen Nation be-
sprucht würde und sich nach freier Abstimmung ihr an-
schließen würde. Die nationale Lösung wäre wundervoll, aber der
Ahntrieb nicht weiter möglich, und da nicht nur die Völker
oben wollen, sondern auch die Wirtschaft fortgeführt werden
muß, ist auch dieser Lösungsvorschlag praktisch undurchführbar,
so sehr, als ja das ganze österreichische Wirtschaftsgetriebe
auf den Zugang zur Adria zugeschnitten und angewiesen ist.

Inzwischen haben sich in Ausführung des Punktes 2 der
Schlüsse des Wiener Arbeiterrats die Reichsratsabgeordneten
Hanusch und Sever, sowie der Chefredakteur der „Ar-
beiter-Zeitung“, Genosse Austerlitz, beim Minister des Äußern,
F. Burian, eingefunden. Unter Schilderung der gegen-
wärtigen Lage der Arbeiterschaft und ihrer Stimmung be-
tonten sie die dringende Notwendigkeit, eine rasche Besserung
der Ernährungsverhältnisse herbeizuführen. Anschließend
haben sie das Programm der Arbeiterschaft in der Frie-
densfrage dahin zusammengefaßt, daß diese auf baldigste Er-
schaffung einer Liga der Nationen hinauslaufe.

Burian hat, wie nicht anders zu erwarten, mit einigen
gemeinen Sätzen geantwortet, aus denen man alles und
nichts entnehmen kann. Er wünscht auch den baldigen Frie-
den, versichert auch, daß der Krieg von den Mittelmächten um
ihnen Tag deshalb verlängert würde, um etwa irgendeine Er-
klärung zu machen. Er würde alles tun und nichts unter-
lassen, was auch nur mit einiger Aussicht auf Erfolg zur Her-
stellung der Friedensverhandlungen dienlich sein könnte.
Wessen von einer Initiative in dieser Richtung könne keine
Rede sein, solange die Gegenseite nicht die Bereitwilligkeit
zeige, auf ernste Besprechungen einzugehen. So lange gehe
Verteidigungskrieg weiter und man dürfe nichts tun, was
Schwäche ausgelegt werden könnte.

So geht also der Krieg weiter und die Schwierigkeiten
des Reichs werden damit nicht geringer.

Troelstra erhält keinen Paß!

In London wird dieser Tage eine Konferenz der Entente-
alliierten tagen. Von der englischen Arbeiterpartei war zu
der Konferenz auch der holländische Genosse Troelstra ein-
geladen worden, und er hatte die Einladung angenommen.
Die Presse der englischen Kriegsheer hat daraufhin Troelstra
Deutschlandsfreund denunziert und mit der Unterstützung
der holländischen ententefreundlichen Kreise Stimmung gegen
Zulassung seiner Reise nach England gemacht. Das Be-
stehen der Tatsache, daß in den letzten Tagen Scheidemann
mit Troelstra konferiert hat, scheint den Mühlen dieser
Kampfkampagne noch Wasser zugeleitet zu haben. Wie die Rötter-
er Regierung die Visierung seines PASSES zur Reise nach
London verjagt worden.

Anscheinend fürchtet England und mit ihm die Entente,
Troelstra von Scheidemann als dem Beauftragten der
deutschen Sozialdemokratie an die Konferenz der Entente-
alliierten Aufträge erhalten habe, die wenig in die Entente-
politik passen, und daß ihre Ueberbringung den Plänen der
Entente Herren in London um so leichter gefallen sein, als sie im
Verlaufe des Krieges sich konsequent gegen alles ge-
richtet haben, das einer Verständigung der Völker hätte dienen
können. Die Verweigerung der Pässe für die Entente-Sozial-
demokraten, die zur Konferenz nach Stockholm wollten, ist noch in leb-
hafter Erinnerung. Diese und die neueste Passverweigerung
sind nur zwei Glieder in der Kette der ententistischen Ab-
sichtnahmen gegen Friedensmöglichkeiten und Volksober-
keit.

Ein neuer Milliardenkredit

Wie das „Berl. Tageblatt“ hört, wird dem Reichstage noch
in diesem Tagungsabschnitt eine neue Kreditvorlage zugehen. Der
Mitte März dieses Jahres bewilligte Kredit bezifferte sich auf
1 Milliarden Mark, so daß, wenn der neue Kredit in derselben
Höhe bewilligt wird, die gesamte Kriegsschuld des Reiches sich auf
2 Milliarden belaufen würde. Dem Reichstage dürfte ferner ein
Antrag zur weiteren Verlängerung der Legislaturperiode um
ein Jahr zugehen.

Schlehdiebstahl Freiheit

Auf einem konservativen Provinzialparteitag in Bismarck
sprach der ungeliebte König von Preußen, Ernst von Schlehdiebstahl
und her über das, was er unter Freiheit versteht:
Was hat Preußen zu dem gemacht, was es ist? Das war
der alte Obrigkeitssinn, das ist die Ordnung, nicht die Gleich-
macheret. Scheidemann wünscht ein demokratisches parlamen-
tarisches Regiment. Wir danken für den sozialdemokratischen Zu-
kunftsaussicht. Wir haben so viel Freiheit, wie wir nur brauchen. Die
Friedensentscheidung vom vorigen Jahre hat den Krieg ver-
längert. Die Demokratie ist der Krieg. Das neue Wahlrecht sollte
uns abgepreßt werden durch die schwere Not der Zeit.

Schlehdiebstahl hat recht: „Wir“ — das heißt, seine Junker! —
haben wirklich so viel Freiheit, wie sie nur brauchen! Die übrigen
aber gehen Schlehdiebstahl und seine Leute nichts an.

Großhändler und Führer der „Vaterlandspartei“

Mit seiner Nase begabte Diebe staketen der Wohnung des
Landgerichtsrats Dr. Joerges in Rostock einen Besuch ab. Herr
Joerges ist der Führer der „Vaterlandspartei“ in Mecklenburg und
ein außerordentlich bereiteter Mann. Wahrscheinlich hatten die Ein-
brecher Herrn Joerges oft reden gehört und waren durch die trotz aller
Kriegsmühsal wohl erhaltene Außenwelt des Redners davon über-
zeugt worden, daß es mit dem Durchhalten des Herrn Landgerichtsrats
seine eigene Bewandnis haben müsse. Als gründliche Leute gingen
sie der Sache auf den Grund, und es zeigte sich, daß sie richtig gerechnet
hatten. Es war ihnen indes nicht möglich, die gesamten Vorräte, die
dieser Muster-Durchhalter aufgehäuft hatte, fortzutragen, da die nächst-
lichen Besucher veräußert hatten Pferde und Wagen mitzubringen.
Immerhin gelang es ihnen, fünf Schinken, drei Speckfeilen, ein
Schulterstück, über zwanzig Pfund Mettwurst, zwanzig Pfund Butter
und mehrere hundert Eier davonzutragen. (B. 172.)

Wenn man Graf Schwerin ist . . .

In Schwarzenau (Provinz Posen) ereigte am Sonnabend den
8. Juni folgender Vorfall nicht geringes Aufsehen: Am Bahnhof
Schwarzenau hatte eine Landsturmpatrouille den Auftrag, die Gepäc-
stücke der abfahrenden Reisenden auf Lebensmittel zu untersuchen.
Kurz vor Abgang des Zuges traf noch ein Wagen mit mehreren
Gepäckstücken ein, deren eines schon äußerlich auf Fleischinhalt schließen
ließ, denn es sickerte frisches Blut durch die Ritzen. Die diensthabenden
Soldaten E. und G. verlangten Oeffnung. In diesem Augenblick trat
ein Herr hinzu und erklärte: „Ich gestatte die Durchsuchung meines
Gepäcks auf keinen Fall. Ich bin der Graf Schwerin und stellver-
tretender Landrat.“ Als sich der Posten seiner Pflicht gemäß, hier-
durch nicht imponieren ließ, fragte der Graf weiter: „Wer hat Ihnen
den Auftrag gegeben, die Sachen zu untersuchen?“ Antwort: „Der
Herr Distriktskommissar Severin in Schwarzenau.“ — Dann werde
ich den Herrn Distriktskommissar anrufen.“ Dies geschah, und siehe
da, der Herr Distriktskommissar erteilte dem Posten den „Befehl“,
den Herrn Grafen unbefehligt abreisen zu lassen.

Vor dem Geheiß ließ zwar alle Preußen gleich, aber wie man
sieht, kann es trotzdem nichts schaden, wenn man der Graf Schwerin
und stellvertretender Landrat ist. Besser ist besser. (B. 167.)

Polen

Eröffnung des Staatsrates

Am Sonnabend wurde in Warschau der Staatsrat feierlich
im Kolonnenaal des alten Königsschlosses eröffnet. Fürst Lubomirski
verlas namens des Regenschafsrates die Thronrede, in der
es u. a. heißt:

Der heutige Tag bedeutet einen wichtigen Schritt vorwärts
in der Entstehung der Kraft des polnischen Staates. Im Staats-
rat erhalten wir denjenigen Faktor der Staatsgewalt, dessen Be-
streben sowohl die unumgänglichen allgemeinen Bedingungen für die
Befestigung der polnischen politischen Verfassung als auch die drin-
gendsten Bedürfnisse des täglichen Lebens verlangen. Daher begrüßt
der Regenschafsrat, ohne seine Augen davor zu verschließen, daß
die Grundzüge, auf denen in der ungewöhnlichen Lage der Staats-
rat aufgebaut werden mußte, Mängel aufweisen, auch ohne zu
vergessen, daß die Zusammensetzung des Staatsrates kein genaues
Bild von der Verteilung der schöpferischen Kräfte des Volkes wieder-
geben wird, in Ihrer Versammlung die erste polnische gesetzgebende
Körperschaft seit vielen Jahren, in der tiefen und freudigen Zuver-
sicht, daß Ihre patriotische Besonnenheit, Ihr geduldiger Eifer und
Ihre Kenntnis von den Angelegenheiten des Landes Bürgerschaft für
fruchtbare Arbeit und zureichende Entscheidung in allen denjenigen
wichtigen Aufgaben sein wird, die auf Entscheidung warten.

Fürst Lubomirski entwickelte in der Thronrede sodann ein
Bild von den Aufgaben des Staatsrates, wobei er den Entwurf
eines Militärgesetzes betonte, das in der Erwägung eingebracht wurde,
daß es die erste Pflicht eines Volkes, das frei werden wolle und
solle, sei, dem Vaterlande das Recht zu verleihen, seine Staatsbürger
zu seiner Verteidigung zu berufen.

Am Schluß der Thronrede heißt es unter anderem: Der Re-
genschafsrat und die polnische Regierung gehen in genauer Be-
trachtung der Entwicklung der Tatsachen die feste Ueberzeugung, daß
das ganze Volk zu ihm steht, vereint in dem Streben nach einem
freien und unabhängigen Dasein, und daß dieses Bestreben durch
die unerschütterliche Logik der Geschichte unterstützt wird, welche
durch den großen Krieg zur Befreiung der Völker und zur staatlichen
Neugestaltung im Osten Europas führt. Wir stützen uns auf den
großherzigen Akt der mächtigen Herrscher, die Polen ein unabhängiges
Dasein verbürgen. Diese Bürgerschaft ist einerseits die Quelle tiefer
Dankbarkeit für die Monarchen, andererseits für uns und unsere Re-
gierung die Grundlage der Ueberzeugung, daß die Verwirklichung
der staatlichen Unabhängigkeit Polens, in engem Einvernehmen mit
den beiden Zentralmächten fortschreitend, in dauerndem Verträge mit
diesen zum Ausdruck kommen wird.

Rußland

Zur Lage in Rußland

Moskau, 24. Juni. Die hiesige Presse meldet: Der Sowjet
in Tambow wurde unter der Losung „für die konstituierende
Versammlung“ von den durch den Mobilisierungsbefehl Ein-
berufenen vertrieben.

Die Ententevertreter antworteten auf die Note Tschich-
serins, daß sie ihre Schiffe aus den russischen Häfen nicht
entfernen können, da sie zum Schutz der Ententetruppen und
Materials, die vor dem Brester Frieden gelandet wurden,
verbleiben müssen. Troski gibt die Stärke der Tschich-
serowen auf 30 000 Mann an, die von den Franzosen er-
halten werden. — Die Kasanische Zeitung „Rabotshaja Wolna“
berichtet: Bei der Einnahme Samaras wurden die Tschich-
seren durch die dortigen Roten Truppen und besonders durch die Be-
völkerung unterstügt. Die Bevölkerung jubelte den Tschich-
seren zu. Infolge der Wahlkampagne erscheinen alle Petersburger
Zustellungen. Bisher völliger Sieg der Bolschewiki in Peters-
burg.

Hilfsmaßnahmen der Sowjet-Regierung

WTB. Stockholm, 24. Juni. In einem Aufruf der
Volksbeauftragten in Moskau heißt es: Es ist unmöglich, die
Macht der Sowjets vor der Hungersnot kapitulieren zu
lassen. Aus den Gebieten Zarizyn, Don und Kuban werden
gewaltige Vorräte an Lebensmitteln in den nächsten Tagen
nach der Gegende von Moskau und weiter nördlich geliefert.
Inzwischen wird der Zustand in Sibirien ernstlich sein und die
Lebensmittel, die sich unterwegs befinden, werden ihre Be-

stimmung erreichen. Um diesen Plan zu verwirklichen und für
immer die chaotischen, unstrukturischen Bestrebungen des re-
aktionären Bürgertums zu brechen, greift das Volk zu fol-
genden Maßnahmen: Teilweise Mobilisierung im Wolga-
gebiet, Ural, Sibirien und in den dem Aufstand benachbarten
Gebieten. Alle örtlichen Sowjets üben eine strenge Kontrolle
über die Bürger aus, um jede Verschwörung zu unterdrücken.
Verschwöreroffiziere und Mitschuldige von Storopobsky, Kras-
noff und des sibirischen Obersten Ivanoff werden ohne Gnade
hingerichtet.

Die Sowjet-Regierung gegen den Don-Aufstand

Kiew, 24. Juni. Der Stab der gegen den Don-Aufstand
gesandten Sowjettruppen befindet sich, wie die Presse meldet,
in Alexitowo an der Bahn Borissogolebst-Zarizyn. Die
Truppen gehen auf Ujupine vor. Die bei Zarizyn kämpfen-
den Truppen werden von einem Reisenden auf über zehntausend
auf jeder Seite geschätzt. In Stawropol befindet sich
eine kombinierte Matrosen- und Rote-Armee-Abteilung zum
Kampf gegen Denikin, dessen Vortrupp am Kalausfluß, östlich
Stawropol, stehen.

Die Ukraine fordert Deklaration

Wien, 24. Juni. („Berl. Tagebl.“) Aus Kiew wird ge-
meldet:

Die ukrainische Regierung hat eine neue Note an die
rumänische Regierung gerichtet, die in sehr energischer Form die
Ansprüche der Ukraine auf Besarabien aufrecht erhält. Die Re-
gierung des ukrainischen Staates müsse aus strategischen und
wirtschaftlichen Gründen die Angliederung des autonomen
Besarabien an die Ukraine fordern.

Kriegswirtschaft

Für öffentliche Bewirtschaftung

Der Hauptausschuß des Deutschen Städtetages, der am
Sonnabend zu einer Sitzung im Berliner Rathaus zusamen-
trat, hat sich mit der Lebensmittelversorgung der Städte befaßt.
Nach langer Besprechung wurde einstimmig eine Entschließung
gefaßt, in der es heißt:

Da neuerdings wieder in umfassender Weise der Gedanke
einer grundsätzlichen Uenderung unserer Volksernährungswirtschaft
erörtert worden ist, so muß die Forderung wiederholt werden, daß,
solange die Verknappung der Lebens- und Futtermittel andauert,
die öffentliche Bewirtschaftung für die hauptsächlichsten Lebensmittel
bestehen bleibt. Auf der einen Seite fehlt es vielfach noch an der
durchgreifenden Erfassung und ausgleichenden Verteilung sowohl
in den Vorschritten wie in der Handhabung. Auf der anderen
Seite wird die Verteilung der Waren durch die viel zu zahlreichen
Zwischenstellen mit immer neuen Vorschritten und Bedingungen be-
lastet und wird verteuert zum Schaden der Verbraucher, des Klein-
handels, dem oft die erforderlichen Zuschläge nicht mehr bewilligt
werden können, und der Städte, die trotz aller ihrer Finanzbedräng-
nis vielfach dem Zwange zur Herabgabe von Zuschüssen ausge-
setzt werden, während in einzelnen Zwischenstellen, so bei den Vieh-
handelsverbänden, gewaltige Kapitalien anwachsen. Die Beengun-
gen und Befestigungen, die sich aus der Zwangswirtschaft für das
ganze Volk ergeben, können nur dann gerechtfertigt werden, wenn
die Waren auf billigstem und einfachstem Wege an den Verbraucher
gelangen.

Den Schluß der Verhandlungen bildete eine Erörterung
über die Kohlenfrage. Es wurden Leitätze angenommen, in
denen die Forderung erhoben wird, daß die Reichsregierung es
sich angelegen sein läßt, mit der größten Energie und Schnellig-
keit den Wintervorrat des Hausbrandes den Gemeinden zuzu-
führen.

Briefkasten

R. D. 1. Wenn Sie eine reichsgehehlige Invalidenrente be-
ziehen, haben Sie keinen Anspruch auf Altersrente. Alters- und In-
validenrente können nicht nebeneinander bezogen werden, sondern
immer nur eine von beiden. 2. Das Sterbegehalt wird im zwanzig-
fachen Betrage des Grundlohnes gezahlt. 3. B. beträgt der Grund-
lohn 5 Mark, so werden 100 Mark Sterbegehalt gezahlt.

Zwei Leser. Wenn Sie der Redaktion der „Volkswacht“ eine
wichtige Mitteilung machen, die zur Veröffentlichung bestimmt ist,
wie in diesem Falle, so müssen Sie schon den Mut haben, Ihre
Adressen anzugeben. Eine Nennung des Namens Dritten gegenüber
ist ohne Einverständnis des Einsenders bei uns ausgeschlossen. Das
müssen sich alle merken, die an die Redaktion schreiben, aber ihre
Namen aus irgend welchen Gründen verheimlichen. Ohne genaue
Adressenangaben sind Nachprüfungen oder Anfragen unmöglich.

Hierzu eine Beilage.

Verantwortlicher Redakteur J. Gehl, Danzig.
Verlag Volkswacht J. Gehl u. Co., Danzig
Druck Königsberger Volkszeitung, B. m. b. H. Königsberg i. Pr.

Parteigenossen! Parteigenossinnen!

Werbt zum Vierteljahreswechsel
für eure Zeitung
neue Leser, neue Kämpfer
für die Partei!

Bezugspreis monatlich 45 Pf. frei ins Haus

Name:
Beruf:
Wohnort:
Straße:

bestellt ab 1. Juli die „Volkswacht“

Diesen Zettel wolle man ausgefüllt an die Expedition der „Volkswacht“
einsenden. Nach sämtlichen Kopporturen der Zeitung nehmen Ver-
stellungen entgegen.

Varieté Wintergarten

Danzig Direkt.: Arthur Löwinoch Danzig

Ab 1. Juli und folgende Tage das neue grosse **Elite-Programm!**
Sämtliche Nummern neu für Danzig.
Telefon 1925

Klaire und Liesel
modernes Tänzerpaar

Julius Fürst
Handstandkünstler

Georg Busse
Humorist

Leo Morgenstern
in seiner Szene
Der ungediente Landsturm

Fanny Assmann
Umwandlungs-, Gesangs- u. Tanz-Soubrette

M. u. A. W. Asra
moderne Billard-Künstler

Otka und Partner
Komischer Turn-Akt am dreifachen Reck

Morgen Sonntag den 30. Juni

letzte grosse **2 Vorstellungen** 2

nachmittags **3 Uhr** des bisherigen guten **abends 7 Uhr**
keine Preise **Juni-Programms** Gewöhnliche Preise

Vorverkauf nummerierter Plätze nur im Kaufhaus Gebr. Frey-
mann, beim Portier im Norddeutschen Hof und im Wintergarten



Mäntel

Kostüme
Kleider
Blusen
Röcke

Seiden-
Strickjacken
in apartesten Farben

Spitzer

Gerbergasse Nr. 11-12

Faß- und Flaschenbier

empfehlen 216

Danziger Aktien-Bierbrauerei

Abt. Danzig, Burgstraße 17.
Fernsprecher Nr. 101 und 1111.

Hüte in reicher Auswahl

Bunten Handschuhe zu billigsten Preisen

Julius Goldstein

Leinwandgasse 4, gegenüber der Markthalle



Kurhaus u. Strandhalle Brösen

Am Sonntag Kur-Konzert ab 4 Uhr nachm.
der verstärkten Musikkapelle
bei freiem Eintritt!

Kaffee- und Konditorbetrieb wird in bester Form weiter entwickelt. Durch sorgfältigste Keller- und Apparatpflege werden die neuerdings verbesserten Erzeugnisse der D. A. B. — **Artusbräu und Malzbier** — in vorzüglichster Beschaffenheit dargeboten.

Küche und Weinkeller sind nach wie vor auf der Höhe.

Zu gültigem Besuch und Nachprüfung dieser Angaben lädt höflich ein **Paul Jbold, Kurhauspächter.**

Zur Ostbahn

Jeden Sonntag

Grosses Konzert

Empfehle den werten Vereinen u. Gesellschaften die Besichtigung von **Koenes Park** — Entfernung von der Elektrischen Bahn 2 Minuten — **F. Mathesius.**

Deutscher Eisenbahner-Verband Ortsgruppe Danzig.

Am Sonntag, den 30. Juni findet im Etablissement „**Bürgergarten**“ (Inh. Ww. Steppuhn) Schilditz, Karthäuserstrasse, das diesjährige **SOMMER-FEST** statt, bestehend aus Instrumental- und Vokalkonzert, Preisschiessen, Blumenverlosung und Kinderbelustigungen aller Art. Beginn des Konzerts 4 Uhr nachmittags. — Eintritt für Erwachsene 60 Pf., für Kinder 30 Pf. — Gäste herzlich willkommen. Hierzu ladet ergebenst ein **Der Vorstand.** 217

Buchhandlung Volkswacht, Danzig
Paradiesstraße 32

Gute Bücher

der Unterhaltung und Belehrung

Seber gebundene Band 1,50 Mk.

Das Land der Zukunft. Reisebeschreibung von Leo Kollisch = Mit einer Einleitung von Paul Göhre.
Verschrobenes Volk. Erzählungen von R. Grotzsch.
Der Prinzipientreuer. Eine Erzählung aus dem Jahre 1848 von Wilhelm Bloß.
Der Pariser Garten u. A. Von Minna Kantisch.
Mutter. Ein Frauenstück von Joh. Ferch.
Der Morgen graut. Erzählungen aus dem Proletariatsleben = Von M. Andersen-Nagel.
Die Marktenderin. Erzählung aus der Zeit der Revolutionskriege von Erdmann-Christian.
Kriegsfahrten in Belgien und Nordfrankreich. Von Dr. A. Koester und G. Koste.
Mit 8 Bildern und 1 Karte.
Kriegsberichte aus Ostpreußen und Rußland. Von Wilhelm Dümmel. Kriegsberichtserstatter = Mit 8 Bildern und 1 Karte.
Herzen im Kriege. Schilderungen und Geschichten. Ausgewählt von Fr. Dieberich. 2 Bände, jeder für sich abgeschlossen.
Als Zwischendeckelsteward nach Südamerika. Erzählung von Heinrich Reventagen.

Seber gebundene Band 2 Mk.

Der Ausweg. Eine Erzählung von Ernst Preygang.
Erweckt. Ein Roman aus dem Proletariatsleben von A. Ger.
Der Gotteslästerer. Roman aus dem Leben der erzgebirgischen Waldarbeiter. Von A. Ger.
Die Heiterkeit. Eine lustige Erzählung v. O. Ludwig.
In den Tod getrieben. Zwei Erzählungen von E. Preygang.
Verbrechergeschichten I. Mit einer Einleitung von Franz Dieberich.
1000 Mark Belohnung. Kriminalroman von Hans Hyan.
Dem Waisenhaus zur Fabrik. Geschichte einer Proletariatsjugend = Von Georg Heinrich Dittreiter.

Echt gefälscht: **Schnupftabak** offeriert.
gerausch. **Julius Gosda,** Rohstoffgroßhandlung und Schnupftabakfabrik.
Danzig, Ecke Hütergasse 5 u. 2. Pfeifergasse 5. Fernspr. 2428

Nur noch 3 Tage!

Krone in Danzig

Gold-Week!

Heute Sonnabend:
Der neue Spielplan!

Siegfrieds Löwen-Gruppe Montag den **1. Juli** nachm. **nur 3 1/2 Uhr** (nicht 7 1/2 Uhr) trotz des grossen Andranges unwider-ruflich: **Letzte Vor-stellung**

Dress. Zebras und Zebroiden.
Die gelehrigen Kamele.
Mexikanische Reiter-Spiele.
„Jakson“, der beste Lasso-künstler und Messerwerfer.
Lama-Jagd.
Neue Freiheits-Dressuren.
Neue Zwischenspiele der beliebten Spassmacher und v. A.

Im Programm geblieben:
10 Elefanten 10

Wagners Kampf mit d. Tigern.
Die fliegenden Menschen (Hegelmann-Truppe).
6 Grunathos 6. 220

Sonnabend 3 1/2 u. 7 1/2 Uhr
Sonntag 3 1/2 und 7 1/2 Uhr

Abgabe von Lebensmitteln.

Es werden verabfolgt:

- Von Montag, den 1. bis Sonnabend, den 6. Juli:
a) Auf die Marke 11 der Kartoffelkarte Nr. 29 3 Pfund und auf die Marke 12 2 Pfund, zusammen also 5 Pfund Kartoffeln.
b) Auf die Marke Nr. 3 der Speisekartelkarte 62,5 Gramm Butter.
- Von Dienstag, den 2. bis Sonnabend, den 6. Juli:
a) Auf die Marke 5 K der Danziger Lebensmittelliste für Kinder und auf die Marke E der Lebensmittellisten für Kinder in den Nachbargemeinden je 125 Gramm Wogentrant oder Suppenmehl, je nach Vorrat in den Geschäften.
b) Auf die Marken 5 und 6 K der Danziger Lebensmittellisten für Erwachsene und Kinder, sowie auf die Marken 38 und 38 K der Lebensmittellisten für Erwachsene und Kinder in den Nachbargemeinden je 125 Gramm Mühlenzeugnisse.
c) Auf die Marken 8 und 8 K der Danziger Lebensmittellisten für Erwachsene und Kinder sowie auf die Marken 39 und 39 K der Lebensmittellisten für Erwachsene und Kinder in den Nachbargemeinden je 1 Pfund Runkelrübe zum Preis von 75 Pfennig für die Pfundpackung und 73 Pfennig für das ausgewogene Pfund. Die aufgerufene Menge gilt für 14 Tage.
d) Auf die Marken 40 und 40 K in den Nachbargemeinden Bürgerweihen, Groß Walddorf, Klein Walddorf, Groß Plehnendorf und Klein Plehnendorf 1 1/2-Pfundung Süßholz.

Die Waren sind in den Geschäften, in denen die Anmeldung zum Bezug von Rationierungsgütern erfolgt ist, erhältlich.
Die von den Händlern vereinnahmten Marken sind den zuständigen Verteilungsstellen unverzüglich einzureichen.
Bei Einreichung der Marken 8 und 8 K, 39 und 39 K an die Verteilungsstelle A. Ejen, Melzergasse 16, sind die verbliebenen Restbestände an Runkelrübe anzugeben.
Danzig, den 27. Juni 1918.

Der Magistrat.

In Freien Stunden 15 Pf.

Verlag Buchhandlung Vorwärts
Wöchentlich ein illustriertes Heft Preis 15 Pf.

Zu beziehen durch die
Buchhandlung Volkswacht
Danzig, Paradiesgasse 32.

Wie soll man wandern?
Anleitungen und Blätter von Engelbert Graf.
2. Auflage. Preis 40 Pf.

Ein Büchlein für den praktischen Gebrauch und daher jedem Wanderfreunde ein sehr lieber Begleiter.

Buchhandlung Volkswacht
Danzig, Paradiesgasse 32.

Neue und gebrauchte Fahrräder

Jedernde Holzbohrung, Leder Spiralen, Ersatzteile für Fahrräder.
Feuerzeuge, Taschenmesser, Scheren, Nähmaschinen, Schallplatten, Taschenlampen, Batterien.

A. Hein, Breitgasse 118

Der wahre Jakob
pro Nummer 15 Pf.
Buchhdlg. Volkswacht

Das große Manto

Von Kriegsmoat zu Kriegsmoat sinkt die öffentliche Sicherheit herab. Diebstähle wachsen ins Ungemessene...

Eine schwere Erschütterung erfuhr im Kriege die öffentliche Moral durch die Auflösung zahlreicher Ehen...

Die Kriminalität der Jugendlichen nahm bedrohlich zu. So wurde in einer Beratung von Fachleuten die Tatsache bekanntgegeben...

„Start vermehrte Arbeit fand die Jugendgerichtshilfe durch die außerordentlich gesteigerte Kriminalität der Jugendlichen...

Die straffälligen Jugendlichen begingen vorwiegend Eigentumsvergehen (89 Prozent), und es sind 1946 (62,1 Prozent) im Jahre 1917 zu Gefängnisstrafen verurteilt worden...

Der Krieg hat die bürgerliche Gesellschaft in ihren tiefsten Tiefen aufgewühlt und moralische Hofflosigkeit in die Kreise hineingetragen...

Verräter an der Arbeiterklasse

Das stellvertretende Generalkommando des 7. Armeekorps hat kürzlich eine Broschüre herausgegeben...

Die vernichtenden sozialdemokratischen Wahlsiege über die „Unabhängigen“ müssen im Lager der Haasepartei einen geradezu verzweifelten Zustand geschaffen haben...

Der Schlag von Zwickau hat das schöne Gleichgewicht rabulistischer Demagogie aber völlig gestört...

In der Reichstagsführung am 6. Juni sagte Abg. Dr. Herzfeld („Unabh.“) in seiner Rede: „Das Generalkommando in Münster hat in Gemeinschaft mit Redakteuren der regierungsozialistischen Presse eine Broschüre herausgegeben...

Hierauf erwiderte unser Genosse Abg. Meerfeld sofort: „Zu der Konferenz des 7. Armeekorps waren auch „Unabhängige“ geladen, haben sich aber ausgeschwiegen...

„Statt zuzugeben, daß unsere Darstellung des Sachverhalts richtig ist, aber mitzuteilen, worin sie falsch ist, ergeht sich die „Bergische Arbeiterstimme“ in dunklen, unklaren Verdächtigungen...

Wer in dieser Weise steht, hat derart jedes Schamgefühl eingebüßt, daß wir nach unseren Erklärungen kein Bedürfnis haben, mit oder ohne Zeugen bei einem „Niederlegen“ zu „handeln“...

Trotzdem folgten die Schmähungen des Rechtsanwalts und Millionärs Dr. Herzfeld von der Reichstagstribüne. Marschwald wandte sich nun dagegen, daß ein Millionär es sich herausnehme, den Arbeitern und ihren treu arbeitenden Führern proletarisches Klassenbewußtsein zu lehren...

Haases Advoakatentrick und Entrüstung.

Der Mann kennt kein Wort, „das scharf genug ist“. Die „Leipziger Volkszeitung“ veröffentlicht nach dem amtlichen stenographischen Bericht des Reichstages eine Rede, die der Abg. Haase zur Zensurbehörde im Reichstage hielt...

Und was ist weiter geschehen? Drei sozialdemokratische Redakteure haben sich bereit erklärt, mitzuarbeiten. Diese Tatsache ist nicht zu bestreiten...

Meine Herren, diese Broschüre, die nicht erklärt, daß sie vom Generalkommando oder in dessen Auftrag verfaßt worden, die den amtlichen Ursprung verdeckt, die den Schein erweckt, als ob sie ein Produkt der Arbeiter sei...

Der Unterzeichnete ging bisher davon aus, daß, wenn man einmal Einladungen zu vertraulichen Gesprächen Folge leistet, man nicht ohne Not aus den vertraulichen Verhandlungen Mitteilungen verbreitet...

Zunächst hat sich Haase mit derjenigen Jungensfertigkeit, deren dieser wortgewandte Advoakat fähig ist, so zweideutig ausgedrückt, daß man ihm schwer eine direkte Unwahrheit nachsagen kann...

Die zurückgeroberten Professionsfische

Eine wahre Geschichte.

Im Kreise Neustadt ein Gendarm ist aller Hamster Schred und Harm. Sein Aug' ist scharf, sein Arm ist schnell...

Ist ihm fatal, und eifersüchtig schnell. Stattet er ihnen auf der Stelle Mit Vollmacht einen Boten aus...

Soß. Sch.

Begegnung

Von Wilhelm Scharreimann.

Seit Jahren gehe ich jeden Morgen zur selben Stunde denselben Weg, sehe jeden Morgen im Gemümel der Passanten dieselben Gesichter auftauchen, die einem bekannt und vertraut werden...

Haase geübt: Ausdrucksweise läßt also die Deutung zu, erstens, wie hätten einen Teil der Broschüre verfaßt, zweitens, wie hätten vielleicht sogar dafür ein Honorar erhalten.

Was heißt ist nunmehr Herr Haase „schon Vor. (scharf genug)“, um diese Verdächtigung zurückzuweisen, denn davon habe er ja nichts gesagt. Man kann, wenn man so will, schon in der Durchsicht einer Broschüre und der Behauptung der Meinung über sie eine „Mitarbeit“ sehen. Das Wort ist auslegbar. Haase hat sich absichtlich eines auslegbaren Wortes bedient, denn ohne Willst wüßte der über einen sehr reichen Wortschatz verfügende Mann keine Ausdrücke nicht.

Wie tief entrückt muß der brave Rechtsanwält nicht sein, wenn er anlässlich weiterer stiller Verwechslungen erklären muß: Ich bin sprachlos, mir fehlen die Ausdrücke.

Herrn Haase fehlten bisher die Worte nie. Da mußte schon unser bespottetes Verbrechen verübt werden, um seine bewegliche Zunge zu lähmen.

Warin besteht nun meine Mitarbeit?

Ich habe den Wunsch erfüllt, die Broschüre durchzusehen und mein Urteil über sie abzugeben. Einen solchen irgend jemand — nicht allzu welcher Gefinnung — abzuschließen, habe ich keine Verantwortung. Was war nun das Resultat meiner, wie sich Haase pfiffig ausdrückt, „Mitarbeit“?

Ich riet mit der Begründung davon ab, sie zu verbreiten, daß selbst das, was darin richtig sei, nach meiner Ansicht nach den Friedensbedingungen von Brest-Litowsk bei der Arbeiterkass auf keinen empfindlichen Boden mehr fallen würde. Im übrigen erklärte ich, welche Änderungen nötig seien, wenn die Broschüre überhaupt verbreitet werden sollte. Wenn alles in Fortfall gekommen wäre, was ich gefordert wissen wollte, und alles zugekehrt worden wäre, was ich hinzuzufügen vorschlug, dann hätte kein Sozialdemokrat, wohl auch kaum ein „Unabhängiger“, an ihrem Inhalt etwas auszusetzen gehabt. Denn auch Haase und die „Leipziger Volkszeitung“ haben wieder und immer wieder befunden, daß sie den Sieg der Entente nicht wünschen, sondern die Landesverteidigung für notwendig halten. Ganz abgesehen von dem Kern von tapferen Leuten, der auf der Seite der „Unabhängigen“ an der Sitzung in Münster teilgenommen hat und auf die Frage, ob jemand anwesend sei, der es für gleichgültig hält, ob die Entente siegt und deutsche Landesteile vom Reiche losgerissen werden, schweig!

Nun wird Haase wohl sagen: Das mag alles stimmen, aber, was du zugibst, ist eine „Mitarbeit“ und da fehlen mir die Worte — so schäume ich bebend vor Wut über die Entrüstung.

Natürlich kann, wer sich darüber moralisch empört, es bereits für ebenso verwerflich halten, an einer Konferenz mit Vertretern des Generalkommandos teilzunehmen. Auch diese Teilnahme läßt sich unter die Kategorien der „Mitarbeit“ an den Zwecken des Generalkommandos ohne Verletzung des Begriffs rubrizieren. Auch da läßt sich ja sagen: Ach kenne kaum ein Wort, das scharf genug ist.

Ueber die Moral Haases ja streiten, nach dessen Auffassung unser Verhalten so schlimm ist, daß die menschliche Sprache hier versagt, unterlassen wir. Uns genügt, daß die Auffassung dieses Rechtsanwalts nicht die für uns verbindliche proletarische Klassenmoral ist, die unter Verhalten billigt, während sie die hartnäckige Schürung der Zwietracht verurteilt, jenes Verhalten, durch das Haase den Interessen der befürchteten Klasse dient.

Wir bemerken, daß Markwald, der in Danzig für unsere Partei zum Reichstage kandidiert, 10 Jahre als Redakteur in Königsberg tätig gewesen ist und ganz genaue persönliche Kenntnisse besitzt. Herr Rechtsanwalt Haase hat sich bisher auch nicht gegen die wirklich sehr deutliche Abwehr M.'s gewendet.

Kriegsbeschädigte und Sozialdemokratie

Im Preussischen Abgeordnetenhaus sprach General Bauer lehrhaft über obiges, besonders die Kriegsbeschädigten und interessierendes Thema. Er führte aus:

Die beiden vorliegenden Gesetzentwürfe sind durchaus zweckmäßig: an der besseren Ausgestaltung der Einzelheiten werden wir in der Kommission mitarbeiten. Die Forderung des Mannschaftsversorgungsgesetzes, die General Langemann versprochen hat, ist bereits sehr dringend. Als sie zu Anfang des Krieges bis nach Kriegsende verschoben wurde, konnte niemand die Dauer des Krieges vorhersehen und auch jetzt kann noch niemand wissen, wann er enden wird. Deshalb muß sofort an diese Revision herangegangen werden. Zunächst handelt es sich da um die Höhe der Renten, für die ja nur das Verdienst Einkommen maßgebend ist. Auch das Sinken des Geldwertes hat die Renten ganz unzulänglich gemacht.

Der Reichsausschuss für Kriegsbeschädigtenfürsorge hat auch für die Kriegsbeschädigten Teneungszulagen verlanget.

Die Kriegsbeschädigten und die Kriegswitwen sind in der Tat die einzigen, die keine Teneungszulagen erhalten haben, obwohl sie doch für sie in erster Linie zu sorgen verpflichtet sind. Die Art unserer Fürsorge kann ich keineswegs wie der Vordränger als ein Ruhmesblatt betrachten; in diesem Punkt steht vielmehr eine große Unvollständigkeit vor. Die von General Langemann in Aussicht gestellten Zulagen sollen vom 1. Juli beschl. werden. Es wäre nur billig, sie von einem früheren Zeitpunkt an zu zahlen. (Sehr richtig! b. d. Soz.)

Ich habe mich nie damit beschäftigt, wozu sie recht, was sie nicht. Nun fange ich an, zu spekulieren. Ein Leben, das nicht mehr ist, und ich muß an ihre runden, stielichen Hände denken, die vielleicht gewahrt sind. Seidenstoffe zu falten und zurechtzulegen.

Sie kann verzeihen, Herr Haase, daß ich verweilen und sehr gern auf einem anderen Wege ins Gefängnis. Am Ende hat sie auch gehandelt, was mich ist? Aber der Gedanke kommt mir plötzlich wieder über die Lippen, daß ich mich nicht verum. Vielleicht ist sie auch entrückt. Sie hat schon lauter wie eine Leidende aus.

Dann verzeihe ich sie. Man hat wirklich an wichtigere Dinge zu denken.

Hierherin Tage später besondert mir in derselben Straße, fast genau an derselben Stelle, an der ich ihr so oft begegnet bin, ein Soldat.

Ein kleines Gefolge nur zufällig viele Blumen und Kränze.

Königlich durchwacht es mich: Maria Rest.

Ich weiß, daß es nicht ist, und es kostet ein heimgeliebtes Kind — aber ich muß fragen. Der letzte im Gefolge, der behutsam über einen vorstehenden Fußboden, hebt mich verumbert an und umarmet mich: „Fräulein Rest. Nur kurze Zeit ist sie krank gewesen.“

Was ist da meinet? Frage ich mich und kämpfe damit gegen die alte Trauer an. Da wie eine Wolke im mir aufsteigen. Was ist da meinet?

Und doch ist mir forderbar und eigen. Als hätte ich vor Toten. Die da oben in dem himmlischen Marmorüberhöhten Dome ihre Hände ruhen macht, früher geküßten und wußten uns wahren Frieden gewesen. Die nun gerissen sind. In diesem Augenblick sehe ich mich dem Gefolge an.

Sie haben sie erkannt? Fragt mich der Alte. Der an meiner Seite steht, und die ich vor mir sehe. Sie haben Sie denn die Mutter in den Armen nicht erkannt?

Wie das ist, frage ich, daß sie in einem Stimmengewirr der Erde erweckt hat.

Wahrscheinlich ist es nicht, Sie heißt ja, Maria. Blumen und eine Stube mit Tischdecken, Stühle und Tische von Blumenwägen.

Eine ganz besondere Art ist, daß die Mütter eines gewissen Krieges in der Regel schlichter gestellt ist, als die Arbeiterinnen.

Auch hier beklage ich lebhaft, daß bisher nichts Durchgreifendes geschehen ist. Ein weiterer wichtiger Schritt liegt in dem Reichsausschuss. Ein Kollegium von drei Offizieren entscheidet endgültig, ob eine Kriegsbeschädigung vorliegt oder nicht, ob also überhaupt eine Rente zu gewährt ist. Wir dürfen die Kriegsbeschädigten nicht schlechter stellen als die Arbeitslosen, für die ein kostenloses Rechtverfahren durchgeföhrt ist. Ist es doch mehrfach vorgekommen, daß Kriegsbeschädigte, die mit ihrer Forderung einer höheren Rente rechtsträftig abgewiesen wurden, wegen der Kosten gezwungen worden sind, solche Vorurteile gereichen dem Deutschen Reiche nicht zur Ehre, (Sehr wahr! bei den Soz.)

Jetzt muß das Kriegskriegsgeld wesentlich aufgebessert werden.

Man wird mehr Rücksicht nehmen müssen auf alle Eltern, die alles zur Ausbildung ihres Sohnes getan haben, um später im Alter eine Stütze an ihm zu haben, und die schließlich nicht nachweisen können, daß der junge Mann, der für das Vaterland gefallen ist, schon zu der Zeit, als er fiel, eine ausreichende Unterstützung an die Eltern gehabt hat. Auch die Stellung der Wittwen und der unehelichen Kinder muß baldigt geregelt werden.

Die gewerkschaftlichen und Angestelltenorganisationen aller Richtungen haben schon vor Jahren eine gesetzliche Regelung dieser Materie gefordert. Wenn die Berufsberatung, die ganze Fürsorge für die Kriegsbeschädigten erspriechlich durchgeföhrt werden soll, so müssen die Organe der Kriegsbeschädigtenfürsorge auch eine gewisse Initiative entwickeln können. (Sehr richtig! b. d. Soz.)

heute werden die Ortsausschüsse vielfach völlig einseitig durch die Landräte zusammengesetzt. Der Pastor, der Lehrer sind es, die die Arbeiten übernehmen.

Bei aller Anerkennung des guten Willens dieser Herren, muß man doch verlangen, daß die wirklich Sachverständigen in den Fragen des Arbeitsverhältnisses, die Vertreter der Organisationen, dabei mitgehört werden. Der Vorsitzende des Reichsausschusses sollte zum Reichskommissar für die Kriegsbeschädigtenfürsorge ernannt werden, damit er das Recht hat, bestimmte Anordnungen zu treffen. Ein sehr unerfreuliches Kapital ist die Aufbringung der Mittel. In erster Linie hat doch das Reich die Pflicht, für die Opfer des Krieges zu sorgen. (Sehr wahr! bei den Soz.) Ebenso muß die Bleierfürsorge des Roten Kreuzes aus Reichsmitteln unterstützt werden. Der Reichstag hat das bereits längst einstimmig beschloffen, aber die Regierung hat dem nicht Rechnung getragen. (Hört! hört! bei den Soz.)

Wenn 200 Millionen Frühruhpriämien gezahlt werden sollen, da gibt es kein Hindernis, aber den Kriegsbeschädigten sieht das Reichsausschussamt mit zugehörigen Leuten gegenüber.

Es ist kein Ruhmesblatt in der Geschichte des Deutschen Reiches, daß der Reichsausschuss für Kriegsbeschädigtenfürsorge seine Zusucht zu öffentlichen Sammlungen nehmen muß. (Sehr wahr!) Dies Anrufen der öffentlichen Wohltätigkeit hat gerade in den Reihen der Kriegsbeschädigten großen Unwillen und Empörung hervorgerufen. (Sehr richtig! bei den Soz.) Wenn wir uns schließlich doch dazu verstanden haben, diese Sammlungen zu unterstützen, so deshalb, weil es im Augenblick gar kein anderes Mittel gibt, um die allerdingsten Ausgaben im Interesse der Kriegsbeschädigten zu decken. Vor allem wird es unsere Aufgabe sein, dafür zu sorgen, daß die Kriegsbeschädigten, wenn sie wieder erwerbstätig gemacht sind, auch wirklich Beschäftigung finden.

Zu diesem Zwecke fordern wir den gesetzlichen Anstellungs- oder Beschäftigungszwang der Kriegsbeschädigten.

Die Betriebe sollen verpflichtet sein, alle Kriegsteilnehmer, die früher bei ihnen beschäftigt waren, wieder einzustellen und darüber hinaus einen gewissen Prozentsatz von Schwerbeschädigten zu beschäftigen. Das gilt vor allem für die öffentlichen Betriebe. Aber auch die Privatindustrie muß verpflichtet werden, nach Maßgabe eines bestimmten, je nach der Art der Betriebe verschiedenen Prozentsatz schwerbeschädigte Kriegsteilnehmer einzustellen. Ich halte es für eine nationale Pflicht, daß für die Anstellung der über 50 Prozent Geschädigten durch Gesetz gefordert ist. Alle gewerkschaftlichen Organisationen, ohne Rücksicht auf die politische und religiöse Stellung, muß der selben, haben sich für diesen gesetzlichen Anstellungszwang zugunsten der Kriegsbeschädigten ausgesprochen, und zwar, im Gegensatz zum Abg. Giesberts, mit besonderer Wärme die christlichen Arbeiter. Mit der Berufung auf die sittliche Pflicht ist hier nicht viel anzufangen. Das zeigt sich schon jetzt und wird sich noch mehr zeigen, je länger der Krieg dauert und erst recht, wenn die augenblickliche Not des Krieges vorüber ist. Es wäre eine ungeheure Härte, gegen das Handlertum vorzugehen, wenn man den Kriegsbeschädigten nicht auf der anderen Seite die Garantie gibt, daß sie Beschäftigung finden. So schwierig ist das Problem nicht. Man kann sehr wohl vorschreiben, daß auf 25 Anstellte ein Schwerbeschädigter anzustellen ist. Jemandem, der eine leichte Arbeit wird immer vorhanden sein, wenn nur der gute Wille dafür da ist. Dies gewaltige Problem läßt sich nicht durch den warmen Appell an die soziale Gerechtigkeit bestimmter Volksteile lösen, sondern da muß mit fester Hand eingegriffen werden. Es wäre ein grauenvoller Zustand, wenn die Einstellung der Kriegsbeschädigten erst erleichtert werden müßte durch öffentliche Berufungserklärung und Bonität, wie das Herr Giesberts vorschlug.

Die Kriegsbeschädigten haben ihre Gesundheit und ihre Arbeitskraft doch eingeweiht, damit die nationale Gerechtigkeit Deutschlands erhalten blieb.

Deshalb muß die nationale Panteschuld dadurch abgetragen werden.

Sie ist vor Jahren einmal verlobt gewesen, und ist verlobt worden. Aber das ist es wohl nicht gewesen. Ein Querschnitt, ja. Und den großen Kranz, der mit den Rosenkränzen dort am Kopfe des Sarges, haben ihr die Bekannten zum Geschenk gestiftet. In dem Kranz wäre wirklich nichts selbst, so prächtig wie der sei.

Der Kranz ist neblig. Die Häuser und Straßen sehen aus, als wäre die Welt in eine laute, graue Wolke gehüllt, um selbst die niedrigste Gasse noch mit dem Hauch der Höhe zu umfassen.

Auf dem Kirchhof sieht man kaum die nächsten Gräber, die taupfeucht und realos still unter den Bäumen liegen. Wie viele Stumen, die man vergeblich beiprengt hat, um sie noch einen Tag zu erhalten.

Der Pastor hat eine schöne weiche Stimme, die in der kalten Morgenluft warm und wohlig wirkt, als legte sich eine weiche warme Hand auf einen.

Was er sagt, höre ich kaum.

Ich sehe einer Amsel, die schwarz und glänzend auf einem Straußel sitzt und mit dem gelben Schnabel die trockenen Ähren wendet.

Als alles zu Ende ist, drückt der Pastor nach der Seite den Gedächtnis nacheinander die Hand, der meinenten Mutter, einer kranken Schwester, die ähnlich große, etwas verumwandte Augen hat und ohne Tränen gestanden hat, bis sie abgesehen ist und heiß aufzuschreien beginnt.

Nach einigen leisen Worten des Trostes wendet sich der Pastor den Abschied zu, den Nachbarn und dem Geschäftsinhaber, bei dem Maria gearbeitet hat und der in tabellarischer Form der Aufzählung nervös und unruhig dagestanden hat und nun still dahingehet.

Unermutet kommt der Pastor auch zu mir.

Er weiß nicht recht, was aus mir machen.

Eine Bernadette? fragt er leise und teilnehmend.

Die Frage berührt mich wunderbar, künat einen Augenblick in mich, ohne daß ich antworten kann.

hat unsere Unternehmer gezwungen werden, die Kriegsbeschädigten einzustellen. Schon heute wird vielfach über die Entlohnung der Kriegsbeschädigten gestritten. Es muß der angemessene Lohn für die tatsächlich vorhandene Arbeitskraft gewährt werden, die Rente muß dabei außer Acht gelassen werden. Für die Reichs- und Staatsbetriebe, sind solche Anweisungen ergangen. Trotzdem geschieht es nicht unterchieblos, und die Zahl der Privatbetriebe, in denen Kriegsbeschädigte geringere Bezahlung erhalten, weil die Rente beziehen, wächst von Tag zu Tag.

Deshalb muß gesetzlich festgelegt werden, daß die Zurechnung der Rente bei Festsetzung des Arbeitslohnes zu unterbleiben hat.

Das schließt Mißbräuche nicht aus, aber die Kriegsbeschädigten können sich dann auf Grund des Gesetzes mit Erfolg wehren. Protestieren müssen wir dagegen, daß dem Reichsausschuss, der Organisation der Kriegsbetriebe, die großen Mittel des Reichskriegsbankens zur Verfügung gestellt werden sind, weil damit die Gefahr besteht, daß sie im einseitig politischen Interesse verwendet werden. (Sehr richtig! b. d. Soz.)

Von der Stellung von Anträgen haben wir einstweilen abgesehen, es genügt, wenn wir hier unsere Wünsche vortragen. Wir erwarten, daß nun wenigstens im Herbst die Vorlage an den Reichstag kommt, und endlich Hand angelegt wird, um diese dringenden Fragen der Kriegsbeschädigtenfürsorge zur Erledigung zu bringen. (Sehr, Beifall bei den Soz.)

Danziger Nachrichten

Der Blütenmonat Juni

Wenn die Blütenpracht jetzt auch abnimmt, so zeigt dieser Monat die Pflanzenwelt, gewedt durch Wärme und Feuchtigkeit, doch in ihrer üppigen Fülle. Die Reihe der blühenden Bäume schließt mit den Robinien oder falschen Akazien, den Linden und den echten Kastanien ab. Aber in den Büschen und Hecken ist alles noch weithin farbig. Was für eine Pracht ist der Holunderbusch, der Baum der Frau Hölle! Am wohlsten fühlt er sich mit seinen großen, gelblich-weißen Blütenbüscheln in Gärten und an Mauern, kurz in der Nähe der Menschen. Noch durchdringender als er duftet der milde Jasmin. Man merkt den Süden, aus dem er stammt. Am undurchdringlichen Waldrand stehen die bogenförmigen Brombeerranten, die wilde Rose, das Geißblatt und der Liguster in voller Blüte. Im Garten sind die „Tage der Rosen“ gekommen. Aber neben der Königin der Blumen schmücken weiße Lilien, Feuerlilien, Schwertlilien, Türkenbund, Pfingstrose und Nelken die Beete. Im Felde wogen die rasch hochgeschossenen Roggenhalme im Windhauch, und mag der Bauer sich auch ärgern über die Getreideunträut, das Herz und das Auge haben doch ihre Freude am leuchtenden Matschmojn; dem blauen Rittersporn, der Kamille, der Kornrade und der Kornblume. Dagegen sind der Adersenf und die Krachdistel im niedriger stehenden Sommergetreide recht untrautgefunden. Der Kundige übersteht auch nicht die Blüte des Roggens, des Weizens und der Gerste und achtet wohl auf die Schönheit der blühenden Gräser am Wegrand. Am Johannistag erwartet der Rebmann die Blüte des Rebstocks. Ihr Duft bringt bis in die Bauernhäuser, und nach einem alten Volksglauben spürt sogar der im Keller lagernde Wein, daß im Rebberg wieder der Hochzeitstag gekommen ist.

Wintergarten.

Das gute Juni-Programm endet am Sonntag den 30. d. Mts., an dem noch in zwei großen Vorstellungen sich die Künstler verabschieden werden.

Am Montag den 1. Juli beginnt ein neues Programm, zu dem die Direktion ganz besonders gute Kräfte gewonnen hat. Hervorragend beurteilt wird Leo Morgenstein, der in seiner Szene „Der ungediente Landsturm“ sicher die Befürder des Juni-Programms für sich gewinnen dürfte. Beste Erfolge verspricht der Humorist G e r g B u f f e, ebenfalls werden die modernen Billard-Künstler M. und M. W. Isra Blanznummern bilden. Die übrigen Programmstücke sind ebenfalls gänzlich neue für Danzig, sie dürften dem Publikum recht amüsante Stunden bereiten.

Zirkus Krone

bleibt nur noch Sonnabend, Sonntag und Montag in Danzig. Wagner, der Tigerbändiger, siegt, an den Verwundungen schwer erkrankt, auf seinem Schmerzenslager. Alle Vorstellungen zeigen den gleichen, ungetürzten Spielplan. Keinerlei Abänderung oder Verminderung wird stattfinden; denn das erworbene Vertrauen will sich der Zirkus Krone bis zum Schluß erhalten oder gar noch bis über den Schluß hinaus. Jedenfalls kann man jede der noch verbleibenden Vorstellungen besuchen, ohne Gefahr zu haben, Enttäuschungen zu erleben. Wenn man rückblickend diesem Krone-Gastspiel noch ein Wort sagt, findet man nur Worte der Anerkennung und Würdigung. Was in Kriegzeiten für die Aufrechterhaltung des Betriebes an Ordnung und Sauberkeit getan werden konnte, was immer der glatten Abwicklung des Spielplanes galt, wie das Programm selbst möglichst reichhaltig und schön auszubauen war, alles das wurde

Was der Blitz trifft

Welche Werte alljährlich der Blitz vernichtet, darüber bestehen in der Allgemeinheit keine zutreffenden Vorstellungen. Zeitgemäß weist Dr. Schütz in der Wochenschrift „Allschau“ auf verschiedene Tatsachen und Irrtümer hin, die mit der Bewertung von Blitzableitern in Beziehung stehen. Vornehmlich wendet er sich gegen die fast die Regel lösende Annahme, daß ein Blitzableiter nach ganz bestimmten peinlichen Gelesen angelegt sein müsse, falls er nicht eher schädlich als nützlich wirken soll. Insbesondere sind metallische Teile an den Gebäuden, die von oben nach unten führen, also Dachrinnen oder Rohre verschiedener Art, seltene Träger usw. stets für sich allein eine gewisse Sicherung gegen den Blitzschaden, während sie von den meisten Leuten wegen ihrer vermeintlichen Anziehungskraft auf den Blitz mehr für eine Gefahr gehalten werden. Unter allen Umständen aus dem jetzt dafür nicht zu habenden Kupfer zu nehmen müße. — Wie sehr es nötig ist, den Blitzschaden auf jede mögliche Art einzuschränken, beweisen die statistischen Ausweise über seine Höhe. Selbstverständlich ist er in den verschiedenen Jahren nicht immer gleich, da ja auch die Zahl der Gewitter nicht nur an einzelnen Ort, sondern auch im allgemeinen Jahr für Jahr verschieden ist. So schwankte ihre Zahl in den Jahren 1904—1910 zwischen 19 und 40. Diesen Gegenfahen entsprach die Zahl der Todesfälle durch Blitzschlag, in dem in dem gemitteltärnsten Jahr nur 82, in dem gewitterreichsten Jahr aber 235 Menschen allein im Königreich Preußen durch den Blitz getötet wurden, und zwar wurde die letztgenannte Zahl im Jahre 1910, die erste im Jahre 1904 erreicht.

Freilich entspricht die Zahl der Blitztötungen der Gewitterhäufigkeit nicht ganz genau, da im Jahre 1906 bei einer durchschnittlichen Zahl von nicht ganz 30 Gewittern sogar 250 Menschen durch Blitz vernichtet wurden und außerdem die Höhe der Verluste an Menschenleben davon abhängig ist, ob die größte Gewitterhäufigkeit auf das Frühjahr, in den Herbst oder in den Sommer fällt. Je mehr sie mit einer Zeit starker ländlicher Beschäftigung zusammenfällt, um so größer wird die Zahl der Opfer sein.

Der Sachschaden durch Blitzschlag wurde schon im Frieden auf rund 12 Millionen Mark jährlich veranschlagt, wovon nur eine Million auf städtische Siedlungen entfiel. Der Städte macht sich heute von den Blitzschaden, weil sie eben zum größten Teil auf dem Lande wohnen, nicht den richtigen Begriff und ist über solche Zahlen wohl erkant.

in Firtus Krone in reger Arbeit und Schaffensfreude gekleidet. Wenn einem Firtus eine Empfehlung mit auf den Weg gegeben werden darf, dann verdient der Groß-Firtus Krone alle und jede Unterstützung für seine weiteren Gastspiele in Kriegszelten.

Joppoter Stadttheater

Am Sonnabend eröffnete Direktor Normann die diesjährige Spielzeit mit der Operette „Das Schwarzwaldmädel“. Ein Text, etwas reichlich mit Sentimentalität durchsetzt, der sich aber von den Geschmacklosigkeiten der modernen Operette freihält. Auch die Musik ist ganz angenehm geschrieben. Da auch die Darsteller sämtlich mit Liebe bei der Sache waren, konnte das Schwarzwaldmädel hier einen freundlichen Erfolg buchen. Als erste Schauspielvorstellung ging am Montag Ibsens „Rosmersholm“ in Szene unter der feinsinnigen Regieleitung Leo Hubermanns. Rosmersholm ist die Tragödie des idealen Schwärmers, der im Kampfe für die Freiheit Abenteuern will. Er scheitert an der Macht, mit der ihm die Konservativen unter der Leitung seines fanatischen Schwagers Kroll entgegenreten und an der Charakterlosigkeit der radikalen Presse, die auf ihre Leser Rücksicht nimmt. So geht er mit seiner Freundin Rebekka West in den Tod. Die Schwärmergestalt Rosmers ist heute schon etwas verblühen. Um so fester stehen noch die charakteristischen Nebengestalten des Stückes, der konservative fanatische Bersecker überkommener Ansichten Kroll, der radikale Geschäftspolitiker Peter Mortensgard und der radikale Schwarmgeist Ulrich Brendel, der im Getriebe der Geschäftspolitik als haltloser Charakter zum Vorschein kommt. Das trat auch in der Darstellung zu Tage. Rosmer und Rebekka West waren etwas verblähte Gestalten. Um so lebendiger waren Leo Hubermann als der fanatische Bauer Kroll und Franz Pfandler, der als der radikale Journalist eine überraschend feine gezeichnete Type bot. Die als spöttische, halb mitteilsvolle Ueberlegenheit über den Schwarmgeist Rosmer gelang ihm ausgezeichnet. Auch der Ulrich Brendel war gut. Die Spielzeit nahm so einen guten Lustakt.

Auch ein Zeichen der Zeit.

Frau Helene Masuch, vor irgendwo, muß innerhalb der Mauern der Stadt Danzig mit einem Teil des bürgerlichen Publikums die traurige Erfahrung gemacht haben. Sie hat nämlich entdeckt, daß gewisse kapitalträchtige Kreise von der sogenannten Instandsetzer keine Blase Ahnung haben. Die Dame hat deshalb, wie sie durch Inserate in der bürgerlichen Presse angezeigt, beschlossen, jeden, dem es an Aufwand mangelt, für 18 Mark im notwendigen Schiffe beizubringen. Bei ihr kam man ihnen, wie man Gäste empfängt, das Kaffeetränchen arrangiert, Lee trinkt, das Festeisen herrichtet und wie man essen und erziehen brechen soll. Das aber ist noch nicht alles. Es wird auch viel mehr für gutes Honorar gelehrt. Also, ihr unerzogenen hilflosen Menschenkinder, nehmt die nächste Gelegenheit wahr, die hier geboten wird, hört erlich mit den Fingern zu essen, schaffst euch Messer und Gabel und laßt euch ihren Gebrauch lehren, damit Madame Masuch auf ihre Kosten kommt. Seit keine Klef, helfst ihr, euch denksich erziehen, sie wird euch ewig dankbar sein.

Firma Schichau-Danzig vor dem Schlichtungsausschuß.

Nicht zum ersten Male im Verlaufe des Krieges war die Betriebschaft der Firma Schichau genötigt, zur Anerkennung der Forderungen die Hilfe des Schlichtungsausschusses anzunehmen. Anlaß zu diesem Vorgehen der Arbeiter war die Lohnfrage vom 28. März, in welcher die Betriebschaft eine Erhöhung der Löhne um 10 Pf. die Stunde und einige Verbesserungen im Arbeitsverhältnis forderten. Alle Verhandlungen, der Arbeiterschuss mit der Betriebsleitung hatte, scheiterten an dem kategorischen Nein des Herrn Carlson. In einer am Juni stattgehabten öffentlichen Betriebsversammlung wurde der Arbeiterschuss beauftragt, den Schlichtungsausschuß anzufragen. Die Verhandlung fand am 25. Juni statt.

Vor Eintritt in die eigentlichen Verhandlungen gab der Arbeiterschuss den anwesenden Arbeiterschuss-Mitgliedern einen Beschluß der Firma bekannt, nach welchem ab Oktober 1918 die Erhöhung der Teuerungszulage von 2,50 Mark pro Lohn-

Hundert Jahre Tiefseemessung

Wohi die meisten aller Besucher unseres Museums für Meereskunde durch den flüchtigen Fuß den spärlichen Raum, der die Instrumente für Tiefseeforschung birgt, um desto länger in den anziehenden Sälen zu verweilen, die ihrem stamenden Blick die Wunder des Weltmeeres weisen. Aber wohl mancher von ihnen hat seine Schritte zu jenen nüchternen Apparaten zurückdenken, die er erfährt, daß die zweck- und sinnigste Anwendung eben die Apparate dem Auge des Menschen gestattet, einen Blick in die Tiefen des Ozeans zu tun. In der Tat bildet die Tiefseemessung die Grundlage aller Meeresforschung.

Den alten Griechen und Römern fehlte jedes Mittel die Tiefe des Meeres zu ergründen. Sie mußten sich mit Schätzungen begnügen und nahmen an, daß die größten Meerestiefen den höchsten Gebirgen der Erde entsprächen. Im Mittelalter unternahm man Tiefseemessungen mit der sogenannten Lotleine, die in Eisen bestand, an deren unterem Ende ein Gewicht befestigt war. Über auch damit gelangte man nur bis zu einer Tiefe von hundert Metern, denn um weiter in den Schoß des Weltmeeres einzudringen, mußte man das Gewicht soweit erhöhen, daß die Lotleine sich.

Dr. M. K.

Plantox
macht Dir doch Freude,
wenn man sagt,
dass man bei Dir gut speist
und man hat es gewiss,
wenn Du mit Plantox kochst

HERSTELLER:
PARAGUAY-FLEISCHEXTRACT-GESELLSCHAFT
M. B. H. HAMBURG 3
Plantox ist Fleischextract-Ersatz
Genehmigt von der Ersatzmittelstelle Hamburg

Zu haben in allen Delikatess- und Kolonialwarengeschäften.

periode und ab Januar eine weitere Erhöhung von 2 Mark pro Lohnperiode in Kraft treten soll. Die Arbeitervertreter ersuchten, die vorgesehenen Zulagen für Juli und September einzutreten zu lassen. Ein Vergleichsvorschlag des Vorsitzenden ging dahin, die Teuerungszulagen von der ersten Lohnzahlung im September und Dezember zu zahlen.

Beide Parteien werden, da ein Schiedspruch nicht gefällt worden ist, zu dem Vorschlag des Vorsitzenden Stellung nehmen. Die Antwort, ob der Vorschlag angenommen wird, hat bis Dienstag den 2. Juli zu erfolgen.

Die Arbeiterschaft der Firma Schichau wird in Gruppenversammlungen sich mit dem bisherigen Ergebnis der Verhandlungen beschäftigen. Welche Stellung sie dazu einnehmen wird, steht noch nicht fest. Bemerkenswert ist, daß der Betriebsvertreter von Schichau eine wohlwollende Prüfung der Erhöhung der Kinderzulagen und der Löhne der schlechtest entlohnten Arbeiter zugesagt hat.

Reichsbund der Kriegsbeschädigten.

Die Danziger Ortsgruppe des Reichsbundes der Kriegsbeschädigten unternahm am Sonntag eine Dampferfahrt nach Bohnsack, an der sich 370 Personen beteiligten und die einen frohen Verlauf nahm. Morgens um 6 Uhr begann die Fahrt und um 5 Uhr wurde die Rückfahrt angetreten. Musik hatte man mitgenommen und in Bohnsack feierte man im Lokal Waldrieden ein, wo es allerlei Belustigungen gab. Der Reinertrag der Ausfahrt dient der Unterstützung der Kriegsbeschädigten.

Behandlung der russischen Kriegsgefangenen.

Das stellv. Generalkommando XVII. Armeekorps ersucht uns um Aufnahme der nachstehenden Ausführungen:

„Nach Ratifizierung des Friedensvertrages zwischen Deutschland und Rußland wird der Austausch der beiderseitigen Kriegsgefangenen aus verschiedenen Gründen, insbesondere auch wegen der in Rußland bestehenden Verkehrsschwierigkeiten, teilweise Verzögerungen erfahren. Den berechtigten Wünschen der Kriegsgefangenen hinsichtlich der Besserung ihres Loses Rechnung tragend, haben die beteiligten Regierungen den beiderseitigen Kriegsgefangenen fühlbare Vergünstigungen in ihrer Behandlung bis zur Beendigung der Gefangenschaft zu teil werden lassen. Mit Rücksicht auf die Lage der Verhältnisse und insbesondere die Gegenseitigkeit der zugewilligten Erleichterungen darf angenommen werden, daß diese Maßnahmen volles Verständnis bei der Bevölkerung finden wird.“

Die in Frage kommenden Erleichterungen beziehen sich auf die Kriegsgefangenen Offiziere und Mannschaften. Den Kriegsgefangenen Offizieren wird neben einer Reihe anderer Vergünstigungen, die das Leben im Gefangenenlager selbst erträglicher gestalten sollen, eine mögliche Ausdehnung der Zahl und des Umfangs der Speisergänge außerhalb der Gefangenenlager, unter bestimmten Voraussetzungen auch ohne Begleitung, gestattet.

Die arbeitenden Kriegsgefangenen Unteroffiziere und Mannschaften sind hinsichtlich ihrer Entlohnung besser gestellt worden. Ihre Bewachung erfolgt in der Regel ohne aufgespanntes Seitengewehr. Die Strafen werden vermindert und gemildert. Gemeinsame Speisergänge in Gruppen außerhalb der Lager sowie Baden im Freien außerhalb der arbeitsfreien Zeit und unter Aufsicht werden zugelassen. Gelegenheit zu geistlicher Betätigung sowie zu Besichtigungen von Sehenswürdigkeiten in den Städten wird den Kriegsgefangenen gegeben werden. In den Lagern werden die Büchereien vermehrt, Theater- und Kinovorstellungen während der arbeitsfreien Zeit wieder eingeführt. Die kirchlichen Festtage werden nach Möglichkeit berücksichtigt werden. Zuverlässigen Kriegsgefangenen wird in Einzelfällen Urlaub in der arbeitsfreien Zeit unter Ausstellung eines Ausweises, Zeit und Ortsbeschränkung unter geeigneter Kontrolle gegeben werden.

Kriegsgefangene, die sich einer ihnen gewährten Vergünstigung unwürdig zeigen, wird diese selbstverständlich sofort entzogen.

Die teilweise größere Bewegungsfreiheit der Kriegsgefangenen, die mit den angeführten Vergünstigungen verbunden ist, ändert nichts an den vom stellv. Generalkommando erlassenen Verboten betreffend Annäherung und Verkehr der Bevölkerung mit Kriegsgefangenen. Verstöße in dieser Hinsicht werden nach wie vor strengstens gerichtlich verfolgt.“

Ein Umzug mit Gewalt.

Ein Hauswirt in Neufahrwasser vermietete eine, einer Kriegerfrau gehörige Wohnung anderweitig, obwohl das Mietvertragsamt die Kündigung der Kriegerfrau rückgängig gemacht hatte. Der neue Mieter setzte mit Hilfe einiger Arbeiter die Sachen der Kriegerfrau gewaltsam auf die Straße und nahm Besitz von der Wohnung. Die Polizei vertrieb ihn aber wieder und veranlaßte, daß die Sachen der Kriegerfrau wieder in ihre Wohnung zurückgebracht wurden. Das Gericht verurteilte die in diese Wohnung gewaltsam eingedrungenen Leute mit einer Geldstrafe bzw. einem Verweis. Der Hauswirt, der Schuld an dieser Geschichte ist, scheint garnicht angeklagt gewesen zu sein. Unseres Erachtens gehörte diesem Wirt eine exemplarische Strafe. Denn er hatte nach dem Spruch des Miet-

einigungsamtes nicht mehr das Recht, die Wohnung der Kriegerfrau anderweitig zu vermieten.

Der Faulenzer mit Gefängnis bestraft.

Ein heeresunwürdiger Gelegenheitsarbeiter war vom Einberufungsausschuß München-Stadt dem Materialdepot München-Ostbahnhof als Lagerarbeiter überwiesen worden. Obwohl gesund, kräftig, weigerte er sich nach dreitägiger Tätigkeit, die ihm überwiesene Beschäftigung fortzusetzen. Wegen dieser Weigerung bestrafte das Gericht den Arbeiter nach § 18 Ziffer 1 des Hilfsdienstgesetzes mit vier Monaten Gefängnis und wies in der Urteilsbegründung darauf hin, daß auf eine empfindliche Gefängnisstrafe zu erkennen war, um den Widerstand jener Elemente, die in der Heimat herumlungern, während andere im Felde stehen oder daheim nughbringend arbeiten, gegen den Zwang zu gemeinnütziger Arbeit zu brechen und diesen Drohen der menschlichen Gesellschaft den Ernst der Zeit nachdrücklich zum Bewußtsein zu bringen.

Sehr gut gesagt. Wir haben aber bisher noch nichts davon gehört, daß man auch gegen die Drohen in den besseren Kreisen mit Gefängnisstrafen vorgegangen ist. Oder sollten dort etwa derartige Elemente nicht zu finden sein? Wenn man z. B. einmal die Langgasse nach Wochentagsbummlern absuchte?

Eine neue Aktion des Danziger Großmarktes.

Wie wir hören, plant die Verwaltung des Großmarktes gewisse Kleinhändler vom Bezuge von Gemüse und Obst vom Großmarkt auszuschließen. Von dieser unverständlichen Maßnahme sollen solche Händler und Händlerinnen betroffen werden, die den Handel erst während des Krieges begonnen haben. Dieses Verfahren bedeutet eine für diese Kreise glatte Maßregelung. Andererseits wird durch sie ein Monopol für jene Händler geschaffen, die schon vor dem Kriege mit Gemüse und Obst gehandelt haben. Das ist ungerecht. Vielen kleinen Händlern, die jetzt gemahregelt werden sollen, bringt der Gemüsehandel einen bescheidenen Nebenverdienst, der ihnen jetzt genommen und anderen vorbehalten werden soll. Zu diesem Verfahren fehlt jeder stichhaltige Grund. Oder sollte der Andrang auf dem Großmarkt der alleinige Grund dafür sein? Das ist doch wohl nicht anzunehmen. Sollte dies aber der Fall sein, so würde dadurch der Verwaltung des Großmarktes gerade kein gutes Zeugnis ausgestellt werden.

Der Grund, daß von den 700 Händlern Gemüse in den Schleichhandel gebracht wird und deshalb ein Teil von ihnen vom Großmarkt entfernt werden soll, kommt nur bedingt in Frage. Es ist nämlich ganz gleichgültig, ob vom Großmarkt bezogenes Gemüse von 700 oder nur 500 Personen zum Teil im Schleichhandel zu höheren Preisen vertrieben wird. Was der Großmarkt mit seiner Maßnahme erreichen will, wird er auf diese Weise nie erreichen. Hier kann nur eine ausgiebige Kontrolle der Händler helfen, die rücksichtslos ausgeübt werden muß. Alle anderen Maßnahmen sind nur Palliativmittel, die wohl Verärgerung erzeugen, sonst aber völlig wirkungslos bleiben. Nur solche Händler sollten ausgeschlossen werden, die beim Schleichhandel ertappt werden.

Die ersten Frühkartoffeln

sind am Danziger Markt in kleinen Mengen eingetroffen. Sie werden marktfrei für 60 bis 80 Pf. das Pfund verkauft. Der hohe Preis mindert die Kauflust bedeutend herab. Höchst- oder Richtpreise wären hier dringend am Platze.

Unbestellter Acker.

Man schreibt uns: Auf gestriger Wanderung durch die Kaschubei kam ich auch nach Schönberg. Hier fiel mir eine Fläche von 10 Morgen auf, die nicht bestellt war. Ich erhielt die Auskunft auf Befragen, daß dieses Pfarrland sei und der Pfarrer das Land nicht bestellen ließ, trotzdem er 2 Pferde im Stalle hatte. Die Schäfchen in der Gemeinde hätten gerne das Land gemäht. In dieser Zeit der Not, wo so viele hungern müssen, ist es ein wahrer Hohn auf die Volksnot; wenn noch unbestellte Landflächen, die einen Beitrag zur Volksernährung versprechen, brach liegen dürfen.

Die Polizei hätte hier Anzeige erstatten und der Herr Landrat Mittel und Wege finden müssen, das Land bestellen zu lassen.

Sollte diese trappierende Mitteilung auf Wahrheit beruhen, woran wir zu zweifeln keine Veranlassung haben, so müßte der Pfarrer für diese Unterlassung noch nachträglich zur Verantwortung gezogen werden. Es ist geradezu unerhört.

Fahrräder,

neue und gebrauchte Damen- und Herrenräder in großer Auswahl, beste Friedensware.

Ersatzbereitung

Holz, Latz, Spirale und Leder, ohne polizeiliche Erlaubnis zu fahren.

Feuerzeuge

und Gasanzünder in großer Auswahl. Versand nach jed. Ort. Angemeldetes Kartell kann abgeholt werden.

Gustav Ehms

Fahrrad-Großhandlung
1. Damm 22-23, Ecke Breitgasse, Telefon Nr. 8478.

Jeder darf radfahren

mit meinem erlaubnisfreien Orig.-Spiralfederreif 7.75, Holzreifen 6.25, Latz-Spiralfederreifen 17.50, (Ersatz) 11. — elastisch, Feder-Holz-reifen 13. — M., alle p. Stkld. kann jeder auf jede Felge aufleg., Umtausch gestattet, also kein Risiko.

Taufende geliefert. Wiederverkäufer Rabatt. **Schlawa**, Berlin 3256, Weinmeisterstraße 4. 189

und nicht stark verwitternd, wenn in dieser Zeit der Lebensmittelpreis gutes Land nicht bestellt wird. In Danzig ist jedes Fleckchen Erde, wenn es auch von sehr schlechter Beschaffenheit war und keine gute Ernte versprach, für die Ernährung von Mensch und Tier mit vieler Mühe bearbeitet worden. Nun erfahren wir, wie im vorliegenden Falle, vor dem Gegenteil auf dem Lande. Hat denn dieser gestrenge Sessler gar kein Verständnis für leibliche Bedürfnisse seiner Mitmenschen? Im Paradies leben wir doch wahrhaftig noch nicht.

* Milch nur gekocht genießen. Die obersten Gesundheitsbehörden und die namhaftesten medizinischen Sachverständigen weisen immer wieder darauf hin, wie dringend notwendig die Beobachtung der schon im Frieden aufgestellten Forderung, daß Milch nur im gekochten Zustande genossen werden soll, gerade in den jetzigen Zeiten ist, in denen die Sorgfalt in der Gewinnung und Behandlung der Milch aus bekannten Gründen zunimmt und in denen infolge der allgemeinen Ernährungslage die Widerstandsfähigkeit des menschlichen Körpers gegen schädliche Einflüsse nachläßt. Die Befolgung der ärztlichen Ratschläge, die durch die jetzige Anwesenheit gefährlicher Ausbrüche haben, ist zur Vermeidung der Gefahr von Epidemien, die durch Milch veranlaßt werden können, dringend erforderlich.

* Die Welterfahrt in D-Jügen ist den in Militärurlauben ankommandierten Urlaubern nunmehr gestattet worden. Diese Erlaubnis beschränkt sich jedoch nur auf die Strecken, die Anschluß an diejenigen der Urlaubzüge haben. Es ist nicht gestattet, diese Züge früher zu verlassen, als die gleiche Strecke mit einem D-Zuge zurückzuführen. Aus dem Westen beurlaubte Militärpersonen dürfen nur vom Ausstiegsbahnhof, aus dem sie den Urlaubszug rechtmäßig verlassen, bis zum Zielbahnhof ihrer Reise jeden Zug, also auch D-Züge, benutzen, ohne daß ihre Benützungsberechtigung besonders auf den Fahrscheinen angegeben sein muß.

Bargeldloser Zahlungsverkehr.

Bald ist die Miete wieder fällig, der Hauswirt ist Dir sehr dankbar, wenn Du sie ihm auf sein Bank- oder Postkontokonto überweist. Er wie Du brauchst dann nicht erst das Geld zu zählen, das er wieder auf die Bank tragen muß, wo er es zur bargeldlosen Begleichung der Hypothekenzinsen, Rechnungen usw. braucht. Du ersparst Dir Zeit und Ärger, wenn Du Dich nicht an den Schaltern zu drängen brauchst. Eine Kreditschulden erübrigt sich, da Dir die Bank, Sparkasse oder das Postkontokonto nur der gekochten Ueberweisung Mittelstellung zukommen läßt.

Änderungen in der Schuhversorgung.

Die Reichsstelle für Schuhversorgung hat eine neue Blütenserie von paragrafenreicheren Bekanntmachungen veröffentlicht. Die erste handelt von „Sondermaßnahmen“ und enthält im wesentlichen die Mitteilung, daß jedermann in der Zeit vom 15. Juni bis 15. September d. J. Anspruch auf einen Extra bezugschein hat, der ihn zum Bezug eines Paars Schuhe berechtigt, und zwar eines Paars Haus- oder Pantoffeln, oder Turn-, Tennis- oder sonstiger Reitschuhe, oder Ball- oder Gesellschaftsschuhe aus Seide, Samt, Kunstleder usw. Am 1. Oktober verlieren diese Sonderrechte ihre Gültigkeit. — Die zweite Bekanntmachung verbietet den Schuhwarenhändlern alle Maßnahmen, die geeignet sind, Ansammlungen vor den Geschäften herbeizuführen, besonders die Anführung von Verkaufstagen und vom Eingang neuer Warensendungen. Außerdem wird der Händler verpflichtet, vor jedem Käufer eine Legitimation (Geburts-, Heiratsurkunde, Militärpaß, Reisepaß, Heimatschein) zu verlangen. Wer für einen anderen Schuhe kaufen will, muß einen schriftlichen Auftrag und eine Legitimation des Auftraggebers vorlegen. Nur Haushaltungsvorstände dürfen für ihre Familienmitglieder ohne Vollmacht einkaufen. — Eine dritte Bekanntmachung behandelt die Ausbesserung von Schuhen. Eine solche darf vom 1. Juli an nur der ausführenden oder der von der Kontrollstelle für freigegebenes Leder zugewiesenen Lederwerkstatt erhalten. Wer kein Leder erhält und nur Ersatzstoffe verwenden kann, hat bei Bedarf auf Widerruf zur Ausbesserung mit Ersatzstoffen zugelassen werden. Ausführliche Einzelbestimmungen über die Führung von sogenannten „Auftragsbüchern“, über die Herstellung von Nachschubwerk usw. ergänzen die Reihe der Bekanntmachungen, die ihren Nutzen erst durch die Praxis werden erkennen können, die aber — das darf man bereits heute sagen — den Eintausch nach schweriger, umständlicher und zeitraubender gestalten werden, als er es bisher schon war.

Verstorben und doch nicht tot.

Ein merkwürdiger Fall trug sich, wie wir erst jetzt erfahren, am 14. Juni im hiesigen städtischen Krankenhaus zu. Dort war die erkrankte Tochter Elfride des Arbeiters H. untergebracht. Am genannten Tage, vormittags 10 Uhr, besuchten die Eltern ihr Kind. Als sie wieder in ihrer Wohnung angekommen waren, fanden sie zu ihrem Erschrecken ein Telegramm des städtischen Krankenhauses vor, aufgegeben um 9.50 Uhr, also zu einer Zeit, wo die Eltern noch im Krankenhaus anwesend waren, das die Mitteilung enthielt, daß Elfride verstorben sei. Ein zweites Telegramm desselben Inhalts, aufgegeben von derselben Stelle, traf gegen 7 Uhr abends bei den Eltern ein. — Auf unsere Anfrage erhielten wir vom städtischen Krankenhaus die Nachricht, daß man dort Schlege dafür habe, daß das erste Telegramm die Meldung vom Tode des Kindes nicht enthielt, sondern nur auf keinen schlechten Zustand hinwies. Das mag sein. Uns liegen aber beide Telegramme im Original mit genau demselben Wortlaut vor. Wer an diesem merkwürdigen Vorfall etwas ändern will, das die Eltern in begründeter Erregung versetzt, wird schließlich von der übergeordneten Stelle angeklagt werden müssen. Denn es berührt es peinlich, daß ein derartiges großes Versehen überhaupt entstehen konnte. Etwas mehr Sorgfalt wäre bei Todesmeldungen dringend am Platze.

Abgabe von Lebensmitteln. Der Magistrat macht in der heutigen Nummer unserer Zeitung wiederum die Lebensmittelbekanntmachung, die im Laufe der nächsten Woche an die Lebensmittel-, Zucker- und Kartoffelkarte erhältlich sind. Das Nähere ergibt die Bekanntmachung.

Wenn „weißbrot“ verpasst wird.

Zur Bedingung ihres Kircheneintrags hat die Stadt Leipzig in den preussischen Gemeinden, in denen sie bereits seit Jahren ihren Kircheneintrag gemacht hat, große Schwierigkeiten gemacht. Wie man der Karte der Stadt Leipzig entnehmen kann, hat die Provinzialstelle Magdeburg die Bedingungen der Stadt Leipzig befreit, weil die Erziehungskosten zu hoch seien. Die Kirchen sind dann den preussischen Gemeinden Magdeburg und Orlamünde zugesprochen worden. Die Stadt Leipzig hat sich wegen Aufhebung der Freigabe an das höchste Landesoberverwaltungsamt, das preussische Oberverwaltungsamt, und die Provinzialstelle Magdeburg gewandt. Das konnte bei der ersten Verhandlung heraus. Auch Städte müssen überleben und mit der Spekulation sich messen. Dabei gibt es immer noch sehr saures Obst — gar keine. Die diesjährige Ernte war es nicht mehr gewöhnlich, von welchem das weinliche Spiel umso mehr an Bedeutung durch eine Erntegefahr der Abnahme nach, bevor es in Betrachtung und Ernte gebracht werden kann. Das Spiel geht aber weiter und in zu ungesunden Ergebnissen. Aus Remmberg wird mitgeteilt,

daß bei der Verpachtung einer Kirchenscheune von einem Händlerrmann 7015 Mark gezahlt wurden, der Kaufpreis im vergangenen Jahre betrug 800 Mark. Die Händler müssen es wohl dazu haben, wenn sie derartige Summen zahlen können. Ein Händlerstücklein wird aus Görz (Bezirk Marzburg) mitgeteilt: An der Landstraße nach Berge erfolgt die Kirchenscheunebaumweise, um die Einwohnerhaft mit Kirchen zu versorgen. Es wurde für 118 Bäume der außerordentlich hohe Preis von 3500 Mark erzielt. Der höchste für einen Baum gebotene Preis war 190 Mark. Die hohen Preise kamen hauptsächlich daher, daß Händlerinnen teils selbst, teils durch Mittelspersonen die Preise in die Höhe trieben. Der Zweck der baumweisen Verpachtung, die Einwohnerhaft mit einigermaßen preiswerten Kirchen zu versehen, wurde durch das Gebahren dieser Leute natürlich vereitelt. Aber die Behörden haben immer noch nicht die Mittel gefunden, um das Treiben der Spekulanten zu vereiteln. Diese angenehmen Zeitgenossen spielen mit dem Wolfe, wie es ihnen beliebt, und das nennen sie dann den soliden freien Handel. —

Aus Westpreußen

Ohra. Eine Gemeindevertretersitzung

fand hier am 20. Juni statt. Der bisherige Kassenrentant Ringlaff hat um seine Pensionierung nachgesucht. Sie wurde mit Rücksicht auf sein hohes Alter bewilligt. An seine Stelle treten auf Beschluß einer Gemeindevertretersitzung ein Kassenrentant und ein Buchhalter mit einem Gehalt von 1800 Mark, steigend von 3 zu 3 Jahren um 300 Mark bis zum Höchstgehalt von 3900 Mark.

Da 6 Gemeindevertreter zum Heeresdienst einberufen sind und dadurch die Beschlussfähigkeit dieser Gemeinde vertretung auf ein Drittel der Gesamtzahl festgesetzt. Bei dieser Gelegenheit übte Genosse Walz, unterstützt von einigen Herren, scharfe Kritik an denjenigen Gemeindevertretern, die wohl Wert auf ihre Wahl legen, aber selten zu einer Sitzung erscheinen.

In Bezug auf die Verteilung von Gebühren an die Gemeindebeamten für fremde Dienstgeschäfte waren verschiedene Meinungen vorhanden. Es handelt sich hierbei um Gebühren der Vollziehungsbeamten in Steuerfachen. Weil die Gebühren zu ihrem Einkommen gerechnet werden müssen, ist diese Norm mit einer kleinen Minderung beibehalten worden.

Eine neue Methode ist in Bezug auf die Mahnung bei rückständigen Steuern eingeführt worden. Bisher wurde vom Gemeindebeamten aus bei Steuern, die bis zu dem Fälligkeitstermin nicht eingezahlt waren, durch Mahnzettel aufgefördert, Rückstände zu bezahlen. Von jetzt ab wird nur in den Aushängelästen das Datum bekannt gemacht, bis zu dem Steuern bezahlt sein müssen. Auf diese bemerkenswerte Neuerung sei hierdurch ganz besonders aufmerksam gemacht.

Der Armenunterstützungsverein in Ohra hat sich wegen Mangel an Mitgliedern aufgelöst. Sein Kassenbestand von 4424,59 Mark wurde der Gemeinde Ohra mit der Begründung überwiesen, daß diejenigen Armen, die bisher aus diesem Fond unterstützt wurden, auch weiter unterstützt werden sollen. Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

Weiter sei darauf hingewiesen, daß Lorf von der Gemeinde nicht beschafft werden kann. Lorf wird an die Ohraer Bevölkerung marktfrei in den zu Danzig gehörenden Kohlen- geschäften abgegeben. Rähgarn kommt in nächster Zeit in Ohra zur Verteilung.

Marienburg. Wegen Behinderung einer öffentlichen Versammlung in Marienburg hat der Vorsitzende des Sozialdemokratischen Vereins an den Regierungspräsidenten folgende Beschwerde gerichtet:

Beschwerde wegen Behinderung einer öffentlichen Versammlung. Am 6. Mai 1918 habe ich bei der Polizeiverwaltung in Marienburg Westpr. die Abhaltung einer öffentlichen Versammlung am Sonntag den 12. Mai 1918, nachmittags 3 Uhr, unter Angabe des Ortes, der Zeit und des Gegenstandes der Versammlung schriftlich angezeigt und damit den § 2 der Bekanntmachung des kommandierenden Generals des 17. A.-K. vom 1. 6. 17 Rechnung getragen.

Am Tage vor Stattfinden der Versammlung, am 11. Mai, erhielt ich von der Polizeiverwaltung in Marienburg die Nachricht, daß die Versammlung nur dann abgehalten werden darf, wenn dazu vorher die Genehmigung der Kommandantur hier vorgelegt wird.

Obwohl dieses Verlangen meines Erachtens unberechtigt ist, (§ 4 genannter Bekanntmachung verlangt nur die Genehmigung durch die Kommandantur, wenn es sich um Vorträge über militärische Angelegenheiten oder über Kriegsziele handelt) wäre es noch möglich gewesen, die Genehmigung von der Kommandantur einzufordern, wenn der polizeiliche Befehl einen Tag früher erfolgt wäre. Die Polizeiverwaltung muß die Bekanntmachung des kommandierenden Generals genau kennen. Sie weiß also, daß die Genehmigung bei der Kommandantur 48 Stunden vor Beginn der Versammlung nachgesucht werden muß. Trotzdem gab sie den Befehl erst einen Tag vor der Versammlung heraus. Dadurch hat die Polizeiverwaltung die Abhaltung der Versammlung direkt unmöglich gemacht.

Gegen dieses Verhalten der Polizeiverwaltung in Marienburg lege ich hierdurch Beschwerde ein und bitte den Herrn Regierungspräsidenten, die mir unverständliche Maßnahme der Polizeiverwaltung zu rügen und ihr für künftige Fälle die erforderliche Rechtsbelehrung zu geben.

Ich bitte um einen schriftlichen Befehl. Marienburg, den 20. Mai 1918.

In den Herrn Regierungspräsidenten in Danzig. (Unterschrift.)

Auf diese Beschwerde ist folgende Antwort erteilt worden: Der Regierungspräsident.

A. L. 1405. Danzig, den 11. Juni 1918. Die Beschwerde vom 20. Mai d. Js. über die hiesige Polizeiverwaltung betreffend Abhaltung einer öffentlichen Versammlung wird als unbegründet zurückgewiesen. Nach den angelegten Ermittlungen ist Ihr Antrag vom 4. Mai d. Js. am 8. bei der Polizeiverwaltung eingegangen und konnte der Befehl ernen — da am 9. Mai Himmelfahrtstag war — erst am 10. Mai erteilt werden. Daß außerdem die Genehmigung der Kommandantur als Genehmigung eingeholt ist, magste Ihnen bekannt sein; es hätte Ihnen freigestanden, diese Genehmigung von der Kommandantur vor oder zugleich mit der Genehmigung bei der Polizeiverwaltung einzu-

zuholen. An Herrn Otto Seiffert in Willenberg.

Der Beschwerdeführer verfährt auf das bestimmteste, die Versammlungsanzeige bereits am Montag den 6. Mai durch seine Frau der Polizeiverwaltung gebracht zu haben. In diesem

Falle steht also Behauptung gegen Behauptung. Aber abgesehen davon hat die Polizeiverwaltung Einrichtungen zu treffen, die es ermöglichen, einen Befehl auf eine Versammlungsanzeige auch an einem Feiertage zu erteilen. In der Bekanntmachung des kommandierenden Generals des 17. A.-K. steht kein Wort davon, daß die Karenzzeit sich verlängert, wenn zwischen der Anmeldung und dem Tage der Abhaltung der Versammlung ein Feiertag liegt. Es heißt vielmehr nur, daß die Anzeige 48 Stunden vorher der Polizeiverwaltung einzureichen ist. Davon, daß die Genehmigung der Kommandantur als Genehmigung einzuholen ist, wie es die Amtsgang des Regierungspräsidenten verlangt, steht kein Wort in besagter Bekanntmachung. Mit der Genehmigung mag sich die Polizeiverwaltung ins Benehmen setzen. Der Einberufer einer Versammlung ist dazu nur dann verpflichtet, wenn es sich um Vorträge über militärische Angelegenheiten oder über Kriegsziele handelt. Beides war bei dem geplanten Vortrag über die Wahlrechtsfrage nicht der Fall.

Der Befehl des Regierungspräsidenten trifft also glänzend daneben. Mit ihm dürfte diese Angelegenheit noch nicht abgeschlossen sein.

Ebing. Ueber „unabhängige“ Quertreiberellen berichten wir in der letzten Nummer. Diesen Urdaß benutzte die „Königsberger Volkszeitung“, die scheinbar nichts Besseres zu tun weiß, um sich wieder einmal in ihrer bekannten „vornehmen“ Art an uns zu reiben. Wir gönnen ihr dies kindliche Vergnügen von ganzem Herzen schon deshalb, weil uns ihre geschwollenen Auslassungen gegen uns auch einige heitere Minuten bereiten. Dem Blatt sachlich zu antworten, müssen wir allerdings ablehnen, weil dazu sein stark subjektiv gehaltener Anwurf keine sachliche Handhabe bietet, sondern nur ein mindertwertiges Phantasieprodukt des Verfassers wiedergibt.

Thorn, 18. Juni. Wegen Unterschlagung amtlicher Gelder aus der städtischen Sparkasse zu Briesen und der dortigen Kammereasse hatte sich heute vor dem Schwurgericht der Gegenbuchführer dieser Kasse Valentin Stredler zu verantworten. Er ist 39 Jahre alt, verheiratet und Vater eines 12jährigen Kindes und wurde am 14. April verhaftet, worauf er ein volles Geständnis ablegte. In den genannten Ämtern war Stredler seit 1903 bezw. 1909 angestellt. Zuletzt bezog er ein Gehalt von 2200 Mark, 300 Mark Wohnungsgeld, 220 Mark Leuerungszulage und 400 Mark Kriegsbeihilfe. Infolge eines unglücklichen Lebens hatte er schon vor dreizehn Jahren sich Geld aus der städtischen Sparkasse angeeignet. Später kamen dazu noch Unterschlagungen aus der Kammereasse. Aus der Stadtkauptkasse veruntreute Stredler seit 1905 zusammen 14 752,71 Mark, die er für sich verbrauchte. Er hat Beiträge von 300 bis 1000 Mark aus der Kasse entnommen und Unterschlagungen lange Zeit gescheut in den Büchern zu verzeichnen gewußt. Bei der Kammereasse bezifferten sich seine Unterschlagungen auf 862,80 Mark. Die Geschworenen billigten ihm mildernde Umstände zu und das Schwurgericht erkannte auf 2 Jahre Gefängnis und Aberkennung der Fähigkeit zur Bekleidung öffentlicher Ämter auf die Dauer von 5 Jahren. Zwei Monate wurden auf die Untersuchungshaft angerechnet.

Thorn, 18. Juni. Ein Goldschmuggler wurde auf dem Zollamt der Grenzstation Alegandrow abgefaßt. Zollassistent Bühring griff von den Hunderten von Militärpersonen, die aus Deutschland nach Warschau fahren wollten und die Zollkammer passierten, einen Gefreiten heraus, der ziemlich schwer an einem Rucksack trug und auf Befragen angab, Riegel für seine Kompanie nach Warschau bringen zu wollen. Bei näherer Untersuchung stellte es sich heraus, daß der Rucksack gemünztes Gold enthielt und zwar 30 000 holländische Gulden in Gold. Da ein solcher Gulden jetzt einen Wert von 2,80 Mark hat, handelt es sich also um einen recht ansehnlichen Betrag, der durch die Umsicht des Zollbeamten dem Deutschen Reich erhalten blieb. Es wurde festgestellt, daß es sich bei dem Goldschmuggler um den Gefreiten Jäbber B. aus Berlin handelt, der dort zu einer Amtsstelle kommandiert ist; er wurde sofort in Haft genommen, das Gold aber im Gewicht von etwa 45 Pfund der Thorner Reichsbank zugestrichelt.

Dr. Stargard, 22. Juni. Beim Wäschepülen ertrunkene ist in der Ferse die Feldwebelfrau Ulrich. Das Spülblech war schief, so daß die Frau, als sie sich mit eintigen Wäschepfählen bückte, von dem nach der einen Seite zu sich senkenden Spülblech ausglitt und ins Wasser stürzte. Da niemand zur Stelle war, ertrank Frau Ulrich. — Das müssen ja nette Zustände an so gefährlicher Stelle sein.

Aus aller Welt

— Sprung aus dem vierten Stock. In dem Hause Schillingmannstraße 7 in Berlin wurde der fahnenflüchtige Grenadier Erich Bier von Kriminalbeamten in der Wohnung eines Schindlers überfallen und verhaftet. Als die Beamten ihn aufforderten, ihnen zur Wache zu folgen, eilte Bier zu dem offenstehenden Fenster und sprang vier Stockwerk auf den Hof hinab, wo er mit schweren Verletzungen liegen blieb. Er wurde nach einem Lazarett gebracht.

— Mit den Kindern in den Tod gegangen. In Hirschberg hat die Kriegerfrau Lange aus Herischdorf ihre beiden drei und vier Jahre alten Kinder in den Dorfteich geworfen und sich dann selbst ertränkt. Die Frau hat die Tat wahrscheinlich in einem Anfall von Geistesgestörtheit begangen.

— Die reiche Erna. Kurz nach Ausbruch des Krieges trat in Berlin eine Russin auf, die unter dem Namen Ojeana v. Dopyrat in der Eisenacherstraße eine elegante Wohnung mietete. Da ihre Papiere dem Ansehen nach in Ordnung waren und sie pünktlich die Anmeldeverpflichtungen für Ausländer erfüllte, blieb sie von der Polizei unbehelligt. Sie hielt sich in einem Lattenfall ein Reispferd, erschien auf den Rennbahnen, in Theatern und Weinstuben und meist in Begleitung eines Herrn, den sie als ihren Bruder vorstellte. Ihrer Bekannten wies sie Papiere vor, nach denen sie in Rußland große Besitzungen ihr eigen nannte. Auch zeigte sie gelegentlich Kreditpapiere in Höhe von 3 bis 4 Millionen Rubel. Auf Grund dieser Papiere genoh sie fast unbeschränkten Kredit, den sie nach Kräften ausnützte, so daß sie bald viele tausend Mark Schulden hatte. Einmal Tages verließ sie aus Berlin. Ihre zahlreichen Gläubiger (anderer Privatdetektiv auf ihre Spur, dem es gelang, die Russin an dem Bahnhof in Fürstenberg in Mecklenburg aufzufinden und verhaften zu lassen. Sie wurde nach dem Amtsgerichtsgefängnis in Charlottenburg gebracht und hier als die vollständig mittellose, 27 Jahre alte Erna Preis aus Reußland entlarvt. Ihr angeklagter Bruder, ein Baugewerkschüler, ist in Wahrheit ihr Geliebter. Die Papiere über ihren Millionenbesitz erwiesen sich natürlich als gefälscht.

— Im Flugzeug zum Gericht. In einer größeren Strafsache die am Dienstag vor einer Berliner Strafkammer zur Verhandlung stand, war ein Fliegerleutnant als Zeuge geladen, von dessen Anwesenheit die Möglichkeit der Verhandlung abhing. Da der Offizier aber auch an seiner Dienststelle so gut wie unabkömmlich, wenigstens ein längerer Zeit, war, hatte er von seiner vorgelegten Dienststelle ein Erlaubnis erhalten, der Zeiterparnis halber ein Flugzeug benutzen zu dürfen, welches sowieso nach Berlin gebracht werden sollte. Der Zeuge startete in früher Morgenstunde in Mühlhagen und kam, von dem sturmverwirrten Winde noch beschleunigt, noch verhältnismäßig kurze Flugzeit hier wohlbehalten an. — Einiges Kopierbrechen dürfte der Beamten der Verwertungskasse die Berechnung der Zeugengehälter bereiten, da in der Zeugen-Gebührenordnung nur von „Landes- Fahrwert, Schiff und Eisenbahn“ die Rede ist.